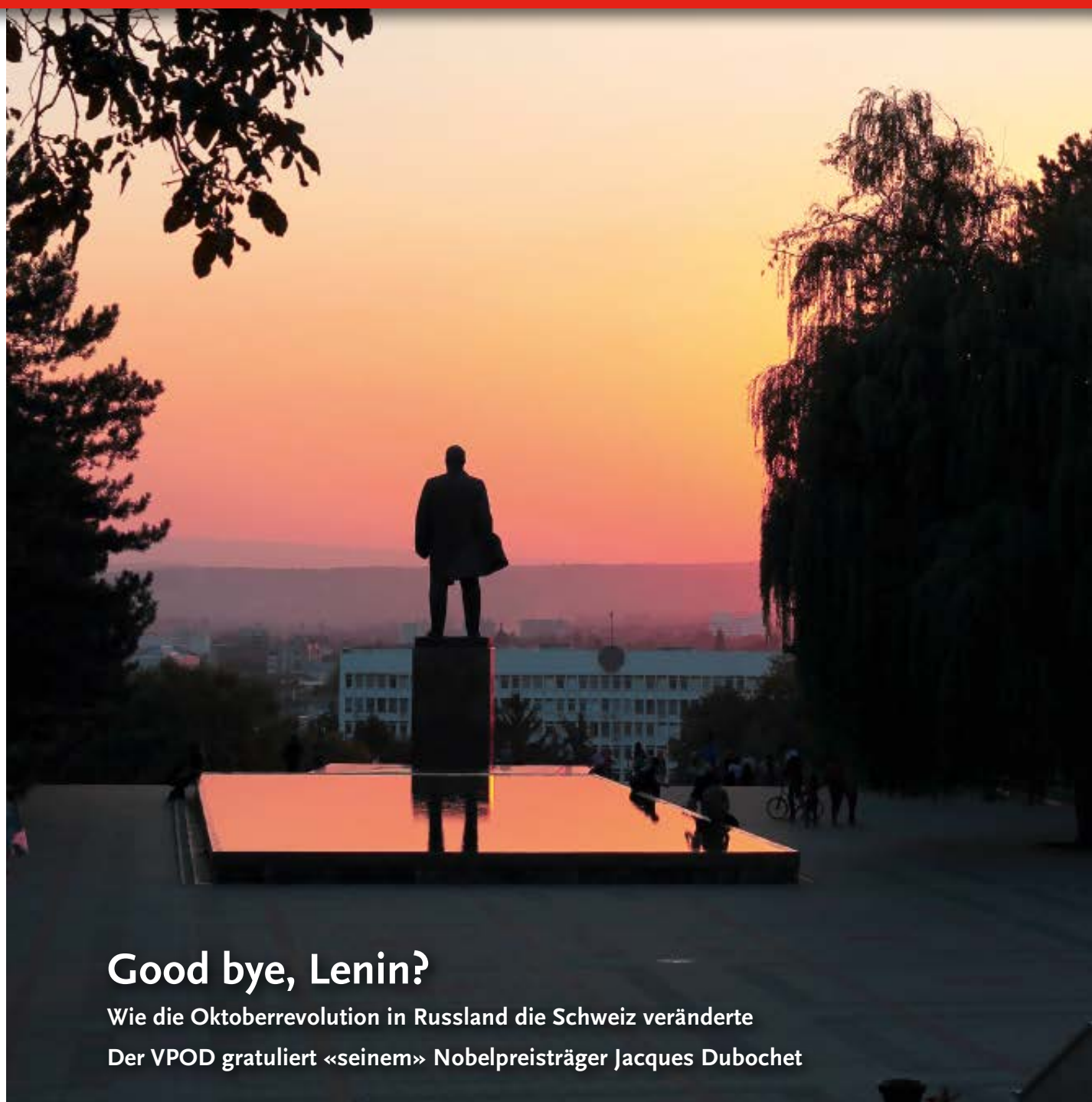


November 2017  
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

## Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

# VPOD



## Good bye, Lenin?

Wie die Oktoberrevolution in Russland die Schweiz veränderte

Der VPOD gratuliert «seinem» Nobelpreisträger Jacques Dubochet

**FREITAG**  
24. NOV. 2017

www.trotzphase.ch  
facebook: trQtzphase

# TRQTZPHASE

**WILL'S SUSCHT NIEMERT MACHT FIRED MIR EUS**

eine veranstaltung von der fabe-gruppe „trQtzphase“  
mit unterstützung von der gewerkschaft vpod zürich.

ab 21.00 Uhr:  
apéro-lounge, fabe-info,  
bar, food

ab 22.30 Uhr:  
konzert: hangover-jam  
party mit zwillfürdäphil

**FABE-PARTY**  
provitreff zürich,  
sihlquai 240, 8005 zürich

trQtzphase ist eine fabe-gruppe (fachangestellte kinderbetreuung), die sich wehrt! gegen die prekären zustände im arbeitsalltag in den kitas und horten, gegen tiefe löhne, chronische unterfinanzierung und sozialabbau. wir wollen gehört und gesellschaftlich sichtbar werden. wir solidarisieren & organisieren. wir diskutieren, bieten rechtsberatung und vernetzen. und wir trotzen mit einer party! wer sich solidarisch zeigen möchte, ist ebenso herzlich eingeladen. mit barbetrieb, handfood, info, beratung, diskussion, konzert und party!

let's trQtz!

**freitag, 24.11.2017, provitreff zürich**  
(sihlquai 240, 8005 zürich)

20.30: türöffnung

21.00: trotzphase-speech und musikalische  
einstimmung mit niels van der waerden

22.30: konzert hangover-jam (hangoverjam.ch)

anschliessend party

eintritt 5 franken / solikasse  
mehr infos: [trotzphase.ch](http://trotzphase.ch) / facebook trQtzphase



Der Verband Personal öffentlicher Dienste ist die Gewerkschaft des Service public. Die Region Bern ist zuständig für Angestellte im Gesundheits-, Sozial-, und Bildungswesen, für das Bundes- und Kantonspersonal.

Wir suchen für unser Regionalsekretariat in Bern

## GewerkschaftssekretärIn 80%

Sie beraten und betreuen Einzelmitglieder und Berufsgruppen in Spitälern und psychiatrischen Kliniken, verhandeln mit Arbeitgebern und Behörden, planen und führen Kampagnen und engagieren sich in der Mitgliederwerbung. Sie sind zuständig für den Gesamtarbeitsvertrag Berner Spitäler und Kliniken.

### Sie bringen mit

- Kenntnisse in arbeitsrechtlichen und gewerkschaftspolitischen Fragen oder die Bereitschaft, diese zu erwerben
- Belastbarkeit, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen
- Kenntnisse der Gesundheits-, Spital- und Psychiatriepolitik
- Gute mündliche Französischkenntnisse
- Sie arbeiten gern selbständig, gehen gern auf Leute zu und sind bereit, auch abends für die Gewerkschaft unterwegs zu sein.

### Wir bieten

- fortschrittliche Anstellungsbedingungen
- abwechslungsreiche Arbeit mit viel Gestaltungsfreiraum
- ein gutes Arbeitsklima in einem kleinen Team.

Stellenantritt: 1. Mai 2018 oder nach Vereinbarung  
Schriftliche Bewerbungen **bis 8. Dezember 2017** an:  
Karin Thomas, Präsidentin VPOD Region Bern,  
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern.  
Telefonische Auskunft: Angela Zihler und Béatrice Stucki, 031 371 67 45

## Jetzt den roten

### VPOD-Taschenkalender 2018 bestellen!

mit Termin-, Monatsplaner und Adressverzeichnis  
mit Unfallversicherung (auf Wunsch)

mit Versicherung

(gültig bis zum vollendeten 70. Altersjahr)

Fr. 18.35

ohne Versicherung

Fr. 8.65

Bestellung unter Angabe der gewünschten Version (mit/ohne Versicherung) und der Mitgliedsnummer an VPOD-Zentralsekretariat, Postfach 8279, 8036 Zürich oder per Mail an [patrizia.loggia@vpod-ssp.ch](mailto:patrizia.loggia@vpod-ssp.ch).

## Themen des Monats

---

- 5 Politische Biophysik**  
Der VPOD gratuliert Nobelpreisträger Jacques Dubochet
- 6–7 Regeln für den Wandel**  
Die Digitalisierung muss den Berufstätigen nützen
- 9 Eine Autobahn für Inhalte**  
«Media forti» erhält gewerkschaftliche Unterstützung

## 10–16 Dossier: 100 Jahre Oktoberrevolution

Zeitschiene: Die russischen Revolutionen  
«Moskau einfach»: Die Schweizer Vorgeschichte von 1917  
Spaltung oder Einheit? – Interview mit dem  
Historiker Adrian Zimmermann  
Gefährdeter Zusammenhalt: Der frisch fusionierte VPOD  
orientiert sich

## Rubriken

---

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Aus den Regionen und Sektionen**
- 17 Susi Stühlinger: Spatz auf dem Dach**
- 18 Wirtschaftslektion: Ältere sind nicht zu teuer**
- 19 Wettbewerb: Sudoku**
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD: Sind so kleine Hände**
- 22 Solidar Suisse:**  
Die Koordinatorinnen aus Moçambique, Burkina Faso  
und El Salvador über den Profit aus Bodenschätzen
- 23 Menschen im VPOD:**  
Paddy Portmann, «Fachmann Politik und Musik»

### Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53  
Nr. 9, November 2017  
E-Mail: [redaktion@vpod-ssp.ch](mailto:redaktion@vpod-ssp.ch) | [www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)  
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter  
ist Redaktor des VPOD-Magazins

## 1917ff.

Der Auftakt war nahezu friedlich. In der Nacht zum 25. Oktober (nach gregorianischem Kalender: zum 7. November), nachdem der Panzerkreuzer «Aurora» in Petrograd (heute: Sankt Petersburg) das Signal zum Sturm auf das Winterpalais gegeben hatte, starben lediglich 6 Personen. Die Oktoberrevolution war anfänglich eher eine Verschwörung als ein Volksaufstand; die Theater der Stadt spielten weiter, die Trams fuhren unbehindert. Anderntags konnte man in der Zeitung lesen, dass die Bolschewiki die Macht übernommen hatten.

Der folgende, beidseits mit äusserster Brutalität betriebene Bürgerkrieg kostete 8 bis 10 Millionen Menschen das Leben. Die Gemengelage im letzten Weltkriegsjahr war kompliziert; die Völker am Rand des Zarenimperiums drängten nach Autonomie, Deutschland suchte in letzter Minute sein Terrain zu arrondieren. Die zuvor schon – nach vier Kriegsjahren – katastrophale Versorgungslage verschärfte sich weiter. Von Millionen Opfern sprechen wir auch bei den grossen Hungersnöten in Sowjetrussland bzw. der Sowjetunion: 5 bis 8 Millionen 1921/22, zwischen 3,5 und 14,5 Millionen 1932/33. Die Folge von Missernte? Resultat verfehlter Wirtschaftspolitik? Die zweite der Katastrophen wird von einigen als gezielter Massenmord durch Stalin interpretiert.

Unbestritten ist die Verantwortung für die Säuberungen, die im «Grossen Terror» der Jahre 1936 bis 1938 gipfelten. Wir wissen nicht, wie viele es waren, die – bei der Führung in Ungnade gefallen – Nacht für Nacht in den Kleidern schliefen, den gepackten Koffer unterm Bett, in der Angst, von der Geheimpolizei abgeholt zu werden. So wie der Komponist Schostakowitsch, nachdem er eine Oper komponiert hatte, die Stalin nicht gefiel. Wir wissen nicht genau, ob es 3 oder 20 Millionen Tote gab. Aber wir wissen, dass die Opfer keine Feinde des Sozialismus waren. Das Morden traf die Engagierten, nicht die Gleichgültigen. Etwa den Schweizer Fritz Platten. Er hatte 1917 Lenins Eisenbahnreise nach Petrograd organisiert. 1942 wurde er nach 3 Jahren im Arbeitslager von Stalins Schergen erschossen.

Dass Lenin glaubte, mit einem Kraftakt die Weltgeschichte zum Guten zwingen zu können, mag nachvollziehbar sein. Vermutlich überblickte er weder die Schwierigkeiten der Machterringung noch die darauffolgenden Mühen der Konsolidierung. Und für die Besetzung der Nachfolge hatte er erst recht kein Konzept. Heute sehen wir klarer, dass Regulierung, Begrenzung, Teilung der Macht (sowohl von Personen als auch von Gremien) unverzichtbar sind. Mit künftigem Glück ist gegenwärtiges Leid nicht zu rechtfertigen. Auch gutwillig getanes Unrecht rächt sich. Hinter die Errungenschaften von 1789 darf nicht zurückgefallen werden. Auch nicht unter dem Label Sozialismus. Erst recht nicht.



Bahninvestitionen – hier: Vierspurausbau bei Olten – sprechen gegen Fernbusse.

Industriebeschäftigte – hier: Protestaktion in Bern – kämpfen für Freizeit.



zwischen Arbeit und Freizeit schleifen. 6288 Beschäftigte aus allen Industriebranchen haben dagegen die Petition «Gesunde Arbeit, gutes Leben – Hände weg von meiner Freizeit!» der Unia unterschrieben. Sie fordern den Bundesrat auf, den Arbeitnehmerschutz zu verteidigen. | [unia](#) (Foto: unia)

### Poststellen-Kahlschlag: Unmut nimmt zu

Der Unmut gegen den von der Post geplanten massiven Abbau von Poststellen nimmt zu – auch in den eidgenössischen Räten. Die zuständige Nationalratskommission unterstützt die Motion des Ständerats. Damit wird der Druck zur Anpassung der sogenannten Erreichbarkeitskriterien immer grösser. Syndicom fordert die Post auf, ihre Kahlschlagpläne auf Eis zu legen, bis die gesetzliche Grundlage überarbeitet ist. | [syndicom/slt](#)

### Sozialstaat halbiert Armut

Soziale Transferleistungen halbieren die Armut in der Schweiz. Dies geht aus einer Publikation des Bundesamts für Statistik hervor. Die Armutsquote vor Sozialtransfers beschreibt, welcher Anteil der Bevölkerung von Armut betroffen wäre, wenn es ausser der AHV keine Sozialleistungen gäbe. 2015 wären in dieser hypothetischen Situation 15,9 Prozent der Bevölkerung oder knapp 1,3 Millionen Personen als arm eingestuft worden. Dank Leistungen wie Familienzulagen, IV-Renten, Krankenkassenverbilligungen, Sozialhilfe oder Arbeitslosenversicherung leben tatsächlich nur 7,0 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. | [bfs/slt](#)

### Buchhandel: Lohnfortschritt dank GAV

Eine Studie der FHNW gibt Aufschluss über die Lohnentwicklung im Buchhandel. Danach konnten dank dem GAV vor allem die Einstiegslöhne verbessert werden. Von 2007 auf 2017 stieg der Anfangslohn im Mittel um 386 Franken. Für Beschäftigte, die schon länger im Buchhandel arbeiten, stagnieren die Löhne jedoch. Nur wer über 10 Jahre in der gleichen Buchhandlung tätig ist, kann mit einem Lohn deutlich über dem Mindestlohn rechnen. | [slt/syndicom](#)

### Meldepflicht nicht verwässern

Im Rahmen der Umsetzung der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative wurde eine Stellenmeldepflicht beschlossen. Aus SGB-Sicht muss diese vor allem den älteren Arbeitnehmenden nützen; sie muss so ausgestaltet sein, dass den Betroffenen auch tatsächlich Job-Angebote unterbreitet werden. Daher ist es für den SGB klar, dass von Beginn weg alle Stellen in Berufen mit einer Arbeitslosenquote von 5 Prozent oder mehr gemeldet werden müssen (und nicht erst ab 8 Prozent). Die höhere Schwelle hätte lediglich Unsicherheiten und Umgebungsbewegungen zur Folge. | [sgb](#)

### Fernbus-Entscheid: Ein Eigentor!

Die jüngsten Entscheidungen des Bundesrats zum öffentlichen Verkehr sind verkehrt. Trotz enormer Investitionen in die Schiene will der Bund den nationalen und internationalen Fernbusverkehr entwickeln. Der SEV sieht das als klares Eigentor. Man züchtet so eine unfaire Konkurrenz heran. Doch es kommt noch dicker: Der Bundesrat will die Möglichkeit untersuchen, den inländischen Bahnverkehr durch die Öffnung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zu konkurrenzieren. Der SEV wird die Qualität des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz mit allen politischen, rechtlichen und gewerkschaftlichen Mitteln verteidigen. | [sev](#) (Foto: SBB CFF FFS)

### Mehr Geld an Berufsbildung

Wer sich auf eine eidgenössische Berufsprüfung vorbereitet, wird vom Bund ab nächstem Jahr finanziell markant besser unterstützt. Das hat der Bundesrat beschlossen – auch auf gewerkschaftlichen Druck hin. 50 Prozent der anrechenbaren Kursgebühren können künftig zurückerstattet werden. Damit wird eine alte Ungleichheit zwischen höheren und Hochschulen korrigiert. | [sgb](#)

### Industrie-Beschäftigte wehren sich für Freizeit

Mehrere Vorstösse im Parlament zielen auf die Schutzbestimmungen für Arbeitnehmende im Arbeitsgesetz. Die Ständeräte Karin Keller-Sutter (FDP, St. Gallen) und Konrad Graber (CVP, Luzern) wollen die Erfassung der Arbeitszeit abschaffen und die wichtige Grenze

Der VPOD gratuliert «seinem» Nobelpreisträger Jacques Dubochet

# Politische Biophysik

**Die Auszeichnung seines Mitglieds Jacques Dubochet mit dem Nobelpreis erfüllt den VPOD mit Freude: Der Kollege aus Morges ist nicht nur ein herausragender Wissenschaftler, sondern auch ein politischer Mensch – dessen Herz links schlägt.** | Text: Christoph Schlatter (Foto: Laurent Gillieron/Keystone)

Routinemässig schauen wir beim VPOD jeweils nach, ob frischgebackene Schweizer Nobelpreisträger oder Olympiasiegerinnen oder Oscargewinner zufällig in unserer Mitgliederdatenbank verzeichnet sind. Bei Jacques Dubochet, dem Biophysiker aus Morges, der zusammen mit zwei Fachkollegen den diesjährigen Nobelpreis für Chemie erhält, war es allerdings kein Zufall: Der Kollege Dubochet ist nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch überaus engagiert. Seit vielen Jahren sitzt er für die SP im Gemeindeparlament von Morges. Bekannt ist auch seine Arbeit für Flüchtlinge, die nicht nur theoretischer, sondern ganz praktischer Natur ist und die Beherbergung von Flüchtlingen in seinem Haus umfasst. Zudem unterrichtet er als Ehrenamtlicher unbegleitete jugendliche Flüchtlinge in Mathematik.

## Nadel, Schnur, Streichhölzer ...

Dass Jacques Dubochet ein aussergewöhnlicher Forscher und Mensch ist, geht auch aus seinem Curriculum vitae hervor, das er auf der Website der Uni Lausanne aufgeschaltet hat, wo er (auch mit 75 noch) unterrichtet. «Empfangen von optimistischen Eltern» lautet der erste Eintrag vom Oktober 1941 (die Geburt im Juni 1942 ist ausgespart). Dann ist vom ersten Teil der «experimentellen Ausbildung» im Wallis und in Lausanne die Rede – der Primarschüler experimentierte «mit Messern, Nadeln, Schnur und Streichhölzern». In der Presse oft kommentiert: Dubochet war das erste Schulkind im Waadtland, dem offiziell Legasthenie bescheinigt wurde. «Das erlaubte mir, schlecht in allem zu sein – und schuf Verständnis für Leute, die Schwierigkeiten haben», heisst es zu diesem Punkt. Tatsächlich mussten seine Eltern sich mit der Schulpflege anlegen, um den Verbleib ihres Sohnes an der Regelschule durchzusetzen.

Die wohl wichtigste Etappe der Forschungstätigkeit fand in den 1970er und 1980er Jahren am *European Molecular Biology La-*



«VPOD-Nobelpreisträger» Jacques Dubochet.

*boratory* in Heidelberg statt, wo Jacques Dubochet mit Kollegen das Kryo-Elektronen-Mikroskop entwickelte, das es erlaubt, komplexe biomolekulare Strukturen (also zum Beispiel Eiweisse) genauer als je zuvor darzustellen. Diese seither stetig weiter verbesserte Technologie hilft beispielsweise bei der Entwicklung von neuen Medikamenten: Sie macht es möglich, dass man die Interaktion der pharmazeutischen Wirkstoffe mit den Biomolekülen quasi «live» beobachten kann. Der Trick besteht in einer Art Schockgefrieren.

## Was für ein Durcheinander!

Unter «1968» steht im Lebenslauf «sehr wichtig». Als «Vorlieben» bezeichnet der Kollege unter anderem Berge, Natur, Inter-

disziplinarität und «(linke) Politik». Auch auf seinem «Blog de Jacques» geht es immer wieder um politische Themen, namentlich auch um die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse. So diskutiert Dubochet in einem Eintrag vom März 2017 die Frage, ob grüne Biotechnologie die Ernährung der Weltbevölkerung sicherstellen könnte. Er glaube an das Potenzial, schreibt er, aber nicht daran, dass es in den Händen von grossen Konzernen der Welt zum Guten gereiche. Er schliesst den Eintrag mit der folgenden Überlegung: «Im Klassenkampf haben die Reichen eine grosse Schlacht gewonnen. Auf lange Sicht räume ich ihnen zwar wenig Chancen ein, den Krieg zu gewinnen – aber was für ein Durcheinander sie anrichten!»

Der SGB verlangt: Die Digitalisierung muss den Berufstätigen nützen

# Regeln für den Wandel

Die technologische Umwälzung, die unter dem Stichwort «Digitalisierung» zusammengefasst wird, hat Vorteile, aber birgt auch Gefahren. Der SGB verlangt Rahmenbedingungen, bei denen die Beschäftigten nicht unter die Räder kommen. | Text: Daniel Lampart, SGB-Chefökonom (Fotos: Rawpixel/iStock)



Die Digitalisierung hat die Formen des Arbeitens verändert. Wem sie nützt, hängt auch von uns ab.

Die Digitalisierung ist gegenwärtig eines der wirtschaftspolitischen Top-Themen. Die Meinungen über die Bedeutung des Phänomens und die bevorstehenden Entwicklungen gehen indes weit auseinander. Es gibt sehr unterschiedliche Prognosen. Eine besonders aktive Rolle spielen Beratungsfirmen, welche Extremszenarien mit Stellenverlusten von bis zu 50 Prozent und fundamentalen Umwälzungen in Produktion und Arbeitsorganisation in die Welt posaunen. Viele Menschen haben Angst: Was wird mit meiner Stelle? Wird es meinen Beruf in zehn Jahren noch geben? Ist gar die Erwerbsarbeit als solche ein Auslaufmodell?

Tatsache ist, dass die Digitalisierung schon länger im Gang ist. Der flächendeckende Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung ist in Banken, Versicherungen oder Logistik seit mehr als 10 Jahren selbstverständlich. Dieser Strukturwandel verlief gesamtwirtschaftlich ohne grössere Verwerfungen. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren die Auswirkungen unterschiedlich. Probleme gab es

bei Älteren, bei denen es der Arbeitgeber verpasst hatte, sie rechtzeitig auf die Veränderungen vorzubereiten.

## Maschinenstürmer und Marcuse

Tiefgreifende technologische Neuerungen kamen in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder vor. Seit Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gibt es alle paar Jahrzehnte Diskussionen und Schreckensszenarien. Die Angst ging um: Menschen würden vollständig durch Maschinen ersetzt und in die Arbeitslosigkeit getrieben. Wenn man will, kann man zwei Radikalpositionen ausmachen. Die «Maschinenstürmer» sahen die neuen Technologien als Bedrohung und haben beispielsweise 1832 in Uster die Spinnerei und Weberei Corrodi & Pfister angezündet. Die zweite radikale Sichtweise wurde beispielsweise vom Philosophen Herbert Marcuse vertreten: Sie sieht in der Maschine die Möglichkeit, dass die Menschheit entfremdeter Arbeit entfliehen kann.

Letzteres ist zwar (noch) nicht eingetreten, aber Tatsache ist, dass die Mechanisierung

auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht zu einem trendmässigen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat. Der materielle Wohlstand ist gewachsen, die Arbeitszeiten sind gesunken. Dahinter stehen zum einen ökonomische Logiken (siehe rechte Seite oben). Aber auch politische Massnahmen: Die Kämpfe der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und Sozialversicherungen haben sich gelohnt. Prognosen sind auch heute mit grosser Vorsicht zu geniessen. Der Vorstandssprecher von PWC Deutschland «wusste» zum Beispiel schon 2010, dass spätestens 2016 Avatare die Arbeit von Sekretärinnen übernommen hätten. Jeremy Rifkin sagte voraus, dass 2020 weltweit noch 2 Prozent der Berufstätigen in der industriellen Produktion arbeiten würden. Krass daneben!

## Druck durch Offshoring

Die heutige Digitalisierung hat verschiedene Facetten und nimmt unterschiedliche Formen an. Der verstärkte Einsatz von Computern, Robotern, «künstlicher Intelligenz»

und die engere Vernetzung der Produktions-, Vertriebs- und Serviceprozesse führt dazu, dass weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Bemerkenswert dabei: Das Investitionstempo in der Schweiz hat sich verlangsamt.

Eine wichtige Rolle spielt das Offshoring: Der vereinfachte Datenaustausch über das Internet und die verbesserten Kommunikationsmittel erlauben es den Firmen, nicht nur Teile der Waren-, sondern auch der Dienstleistungsproduktion ins (billigere) Ausland auszulagern. Betroffen sind beispielsweise Teile der Personaladministration oder der Informatik. Dadurch entsteht auch Druck auf die Löhne in der Schweiz.

## Handel und Medien im Wandel

In gewissen Branchen führen die starke Verbreitung des Internets und neue Software zu einem relativ starken Strukturwandel. Die Printmedien etwa leiden besonders unter der Verlagerung der Werbung ins Internet (die Print-Werbeausgaben haben sich von 2007 bis 2016 von 2,5 auf 1,3 Milliarden Franken praktisch halbiert). Im Detailhandel gewinnt der E-Commerce an Bedeutung. Ausländische Anbieter mit tiefen Löhnen haben bereits einen nennenswerten Marktanteil erobert, zum Beispiel Zalando mit einem

**Beispiel Tourismus:** Auch aus rein ökonomischer Sicht müssen Rationalisierungsprozesse nicht in Massenarbeitslosigkeit münden. Mechanisierung ist in der Regel mit einer höheren Wertschöpfung verbunden, entsprechend höher ist die Nachfrage nach Waren und nach Dienstleistungen. Der Tourismus ist ein typisches Beispiel. Wer hätte am Anfang des 19. Jahrhunderts gedacht, dass das arme Walliser Bergdorf Zermatt einmal eine touristische Top-Destination würde? Heute sind in der Schweiz mehrere Tausend Skilehrerinnen und Skilehrer im Einsatz. Der Tourismus trägt 2,6 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, bei Betrachtung der Gesamtwertschöpfung mit Folgewirkung sogar 8 Prozent. Die Maschinenstürmer von Uster würden sich die Augen reiben. | dl (Foto: anshar 73/iStock)

Umsatz von über 500 Millionen Franken. Auch das erzeugt Druck auf die hiesigen Löhne und die Arbeitsbedingungen.

Oft handelt es sich auch um eine Verlagerung von traditionellen Kommunikationsarten (Telefon) aufs Internet. So werden Werbeaufträge übers Internet ausgeschrieben statt direkt vergeben, Taxifahrten kommen mittels Smartphone über eine Internetplattform statt über die terrestrische Taxizentrale



zustande. Die quantitative Bedeutung dieser Plattformarbeit («Uberisierung», «Crowdworking») dürfte noch relativ gering sein. Repräsentative Untersuchungen schätzen für die USA und für Deutschland einen Anteil von 0,5 Prozent der Beschäftigung, wobei das Ausmass in projekt- oder auftragsorientierten Branchen wesentlich höher sein dürfte. Ebenfalls höhere Zahlen kamen bei Online-Umfragen durch Gewerkschaften zustande; dort sagten 5 bis 9 Prozent der Antwortenden, dass sie mindestens wöchentlich über Internet-Plattformen arbeiten.

Sicher ist, dass Arbeit heute weniger ortsgebunden ist als einst. Telearbeit oder Homeoffice haben zugenommen; die interne Kommunikation läuft vermehrt über digitale Kanäle – auf Kosten des direkten persönlichen Austauschs, sei er formell an Sitzungen oder informell am Kopierapparat oder an der Kaffeemaschine. Dank flächendeckendem Breitbandzugang und der Verbreitung mobiler Endgeräte können geschäftliche Mails problemlos auch von ausserhalb bearbeitet werden; die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit drohen zu verschwimmen.

## Vier Stossrichtungen

Für den SGB gilt: Die Digitalisierung muss den Berufstätigen nützen. Daher hat der SGB einen Forderungskatalog mit vier Hauptstossrichtungen aufgestellt: 1. Gute Arbeitsbedingungen durchsetzen und Missbrauch verhindern; 2. Sorge tragen zu den Arbeitsplätzen und wo nötig aus- und weiterbilden; 3. aktive Geld- und Fiskalpolitik; 4. Mitwirkungs- und allgemeine Gewerkschaftsrechte wahren. (Detailforderungen siehe Kasten links.)

## SGB verlangt gute Arbeitsbedingungen und Schutz vor Missbrauch

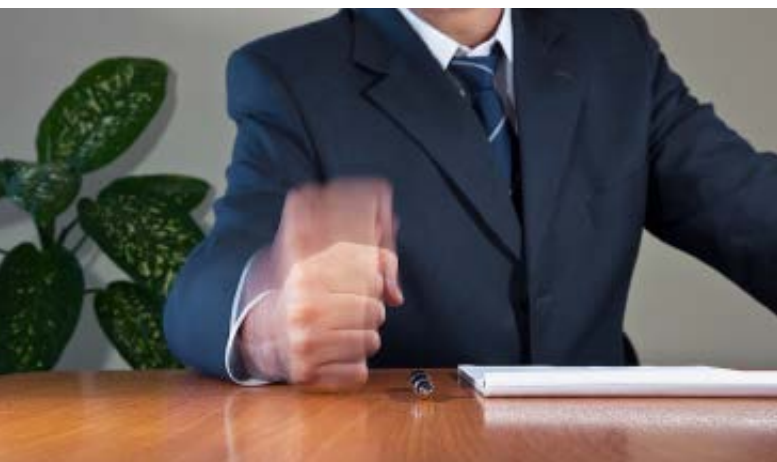
- Konsequente Durchsetzung der geltenden Gesetze (Datenschutz, Arbeitsgesetz usw.); Missbrauch durch die Arbeitgeber bekämpfen; Kontrollen, Klagen, konsequenter GAV-Vollzug
- Vollzugsoffensive der Kontrollbehörden (etwa beim Gesundheitsschutz oder gegen Schwarzarbeit)
- Regelungen fürs Homeoffice, wo Gesetzeslücken im Arbeitnehmerschutz bestehen (z. B. im Bereich Gesundheit, hinsichtlich Materialkosten und bei Haftungsfragen)
- Keine Verschlechterungen im Arbeitsrecht unter dem Vorwand der Digitalisierung
- Neue GAV mit wirksamen Schutzbestimmungen in gefährdeten Branchen wie Detailhandel, Journalismus, Taxigewerbe, Finanzen/Banken; systematische Anpassung der GAV an die neuen Herausforderungen
- Förderung von GAV; unzeitgemässe Hürden (wie das überhöhte Arbeitgeberquorum) abschaffen
- Sicherung der Arbeitsplätze, verbesserte Aus- und Weiterbildung
- Die öffentliche Hand (insbesondere die Kan-

- tone) muss endlich ausreichend Angebote im Bereich Berufsausbildung für Erwachsene schaffen (Validation, Nachholbildung) und mitfinanzieren (statt die Gewinnsteuern für Betriebe zu senken)
- Finanzielle Unterstützung bei der Ausbildung bzw. Umschulung durch Kantone und Arbeitgeber
- Bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in GAV
- Besserer Kündigungsschutz für langjährige ältere Arbeitnehmende
- Aktive Geld- und Fiskalpolitik
- Generelle Lohnerhöhungen im Ausmass des Produktivitätswachstums
- GAV mit Mindestlöhnen im Detailhandel, Taxigewerbe, Verlagswesen
- Mitwirkungs- und Gewerkschaftsrechte
- Mehr Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmenden bei technologischen Neuerungen und betrieblichen Veränderungen
- Verankerung von Informations- und Zutrittsrechten der Gewerkschaften auch bei digitaler Arbeitsorganisation



*Darf nicht schiefgehen:  
Züritramfahrt.*

*Muss nicht schiefgehen:  
Mitarbeitergespräch.*



bereitung – unter anderem anhand des Vorjahresprotokolls. Er hat auch ermittelt, wie sich die guten und die schlechten Beurteilungen auf die Lohnklassen verteilen: In den tiefen Lohnklassen 1 bis 17 erhalten prozentual 3-mal so viele Mitarbeitende eine schlechte Beurteilung («ungenügend» oder «genügend») wie in den Lohnklassen 24 bis 38. Umgekehrt werden «oben» 17,7 Prozent als «sehr gut» qualifiziert, «unten» bloss 11,8 Prozent. Machen die Chefs ihren Job besser als die einfachen Angestellten? Natürlich nicht. Die Mechanismen, die zu dieser Ungleichbehandlung führen, sind längst bekannt. Der VPOD fordert, sie zu beseitigen. | *slt (Foto: omphoto/photocase.de)*

### Handy im Tramcockpit: Nulltoleranz?

Wer für die Zürcher Verkehrsbetriebe VBZ Bus oder Tram fährt, hat es jüngst schriftlich bekommen: Das Bedienen eines Handys oder Tablets am Steuer führt zur fristlosen Entlassung. Die Presse hatte über mehrere solcher Fälle berichtet. Der VPOD hat grundsätzlich nichts gegen die klare Haltung des Arbeitgebers in dieser sicherheitsrelevanten Frage. Er hält aber trotzdem daran fest, dass jeder Einzelfall gesondert zu betrachten ist. Anonym zugeschickte Filmchen können nicht die Grundlage einer fristlosen Entlassung darstellen. | *vpod (Foto: Rafael\_Wiedenmeier/iStock)*

### Fragwürdiger LUPK-Entscheid

Die Luzerner Pensionskasse LUPK hat drastische Kürzungen beschlossen: Senkung des Umwandlungssatzes von 6,15 auf 5,2 Prozent, Streichung der AHV-Ersatzrente, Erhöhung des Rentenalters von 63 auf 65 Jahre für alle. Der VPOD wehrt sich nicht gegen notwendige Anpassungen, aber er tritt vehement gegen die Erhöhung des Rentenalters und für die Beibehaltung der Überbrückungsrente ein. Diese ist für ältere Beschäftigte ein wertvoller Schutz. | *vpod*

### Basel: VPOD lehnt Spital-Staatsvertrag ab

Der VPOD Region Basel lehnt den Staatsvertrag über die Spitalgruppe ab. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft erhöht den Druck auf die Beschäftigten und vermindert die politische Mitsprache – beides im Service public inakzeptabel. Die verbindliche Zusicherung eines GAV ist aus Gewerkschaftssicht ohnehin zwingend. | *slt*

### Bundespensional wehrt sich für die Rente

Die Publica will den technischen Zins der angeschlossenen Vorsorgewerke per 2019 auf 2 Prozent senken. Ohne Gegenmassnahmen heisst das: Renteneinbussen. Die vom Bundesrat angekündigten 160 Millionen Franken reichen nicht! Gleichzeitig will der Bundesrat dem Personal in den kommenden Jahren nicht einmal mehr die Teuerung ausgleichen. Dazu sagen die Personalverbände, darunter der VPOD, geschlossen Nein. | *vgeb*

### HUG: Kürzere Arbeitstage

Am Genfer Universitätsspital HUG werden die Arbeitstage des Pflegefachpersonals im Bereich OP wieder von 10 auf 8 Stunden verkürzt. Die Verlängerung war von der Direktion im Juni ohne jede Konsultation verfügt worden. Jetzt hat die Spitalleitung angesichts des geballten VPOD-Protests kalte Füsse bekommen. Auch in der ambulanten Chirurgie gilt wieder der normale Dienstplan. | *vpod*

### Insel-Gruppe: Pflege leitet mit

Die Beschäftigten der Berner Insel-Gruppe können zusammen mit dem VPOD einen grossen Erfolg feiern: Der Verwaltungsrat hat beschlossen, dass die Pflege- und die medizintechnischen und -therapeutischen Berufe weiterhin in der obersten Führungsebene vertreten sind. Damit ist ein strategischer Fehlentscheid erster Güte korrigiert. Es brauchte dazu unzählige Gespräche sowie fast 5000 Unterschriften auf einer Petition. | *vpod*

### Kritik an Entlassungen im Asylbereich

Der VPOD Ostschweiz kritisiert den Kanton St. Gallen, weil er zwei Asylzentren schliesst und 22 Beschäftigte entlässt. Aus Sicht des VPOD ist das eine zu kurzfristige Politik. Sollte die Aufhebung der Standorte unumgänglich sein, muss der Kanton dafür sorgen, dass die Betroffenen anderweitig Beschäftigung finden. | *vpod*

### Herbst ist Personalgesprächszeit

Der Herbst ist die Zeit der Personalgespräche, auch beim Bund. Der VPOD Bundespersonal empfiehlt seinen Mitgliedern eine gute Vor-



Aufruf der neuen Gruppe «Media forti» erhält Unterstützung auch aus Gewerkschaften

# Eine Autobahn für Inhalte

**Demokratie braucht unabhängige Medien und Qualitätsjournalismus. Ein Aufruf der Gruppierung «Media forti» verlangt ein Infrastrukturprojekt für Online-Medien. Good News: Der Deutschschweizer Journalisten-GAV wird jetzt endlich verhandelt.** | Text: VPOD (Foto: srgtk/iStock)

Dass die Demokratie auf leistungsfähige, unabhängige und vielfältige Medien angewiesen ist, steht bei Sonntagsreden ausser Zweifel. Anders kann die Bevölkerung sich ja nicht informieren und sich keine Meinung bilden. Die sozialen Medien im Internet sind dafür kein Ersatz – im Gegenteil: Ungeprüftes findet sich bei Facebook & Co. als «Fakt». Der PR-Armada von Unternehmen, die ihre «Informationen» verbreiten, stehen Bürgerinnen und Bürger ungeschützt gegenüber.

## Nicht ohne meine SRG

Während also der Bedarf an gut gemachten und gut recherchierten Publikationen wächst, wird deren Finanzierung immer schwieriger. Das bisherige Geschäftsmodell – Werbung finanziert Journalismus – funktioniert je länger je weniger. Das ist auch die Analyse der neuen Gruppierung «Media forti», die mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten ist und dafür die Unterstützung der Gewerkschaft Syndicom erhält. «Globale Konzerne profitieren, Schweizer Medien schwächeln», lautet der Befund. Daher will «Media forti» zum einen eine starke SRG, die einen Service-public-Auftrag erfüllt. Ohne ausreichende öffentliche Finanzierung ist das nicht zu schaffen (siehe Kasten).

Zur anderen Frage, wie sich online mit Journalismus Geld verdienen lässt, macht «Media forti» einen interessanten Vorschlag: Es soll eine öffentliche digitale Open-Source-Infrastruktur aufgebaut werden, die auch von Privaten genutzt werden könnte: «Alle Anbieter – von etablierten Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen über Online-Startups bis hin zu Bloggerinnen und Bloggern –, die sich zur Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten bekennen, erhalten Zugang zu dieser Infrastruktur.» Zudem würden sie durch direkte Medienförderung unterstützt – ohne jeden Eingriff in die redaktionelle Freiheit.

Was eine solche Infrastruktur zu leisten vermöchte, erklärt «Media forti» mit einem Ver-

*Aus Sicht von «Media forti» muss die Öffentlichkeit eine Dateninfrastruktur bereitstellen.*



gleich: «Wer ein Transportgeschäft betreibt, muss nicht zuerst eine Autobahn bauen, um seine Güter von A nach B zu bringen. Vor genau dieser Aufgabe stehen aber digitale Medienmarken. Wer heute regionalen Journalismus betreibt, hat kaum eine Chance, seine Inhalte zum Interessenten zu bringen. Zu gross sind die Herausforderungen bezüglich Erstellung, technischem Unterhalt und vor allem der Distribution. Wie bei den Lastwagenunternehmen brauchen wir für private Anbieter von Journalismus eine gemeinsame Autobahn.» Wer soll das bezahlen? «Media forti» denkt an Gelder der öffentlichen Hand, aber auch von Stiftungen. Der Journalismus sei vielleicht kein grosses Geschäft mehr, aber notwendig. Im Unter-

schied zu Autobahnen seien digitale Infrastrukturprojekte geradezu spottbillig, betont «Media forti».

## GAV-Verhandlungen laufen

Erfreuliche Nachrichten gibt es punkto Medien-GAV Deutschschweiz/Tessin. Im Oktober hat die erste Verhandlungsrunde stattgefunden. Auf Arbeitnehmerseite sind die Gewerkschaft Syndicom und der Berufsverband Impressum dabei, die Arbeitgeber werden vom Verband Schweizer Medien und von Stampa Svizzera repräsentiert. Am ersten Verhandlungstag haben sich die Delegationen auf die Arbeitsmethode und die Sitzungsdaten verständigt. Frühestmöglicher Termin fürs Inkrafttreten: 1. Januar 2019.

## Billag-Senkung sozialverträglich gestalten

Das Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM äussert sich zurückhaltend zur Senkung der Rundfunkgebühren, wie sie Bundesrätin Leuthard kommuniziert hat. Die Festlegung auf 1 Franken pro Tag und Haushalt und die Plafonierung des SRG-Anteils werde jedenfalls Konsequenzen für die Angestellten und fürs Programm haben. Einsparun-

gen sollen sozialverträglich umgesetzt werden. – Dass endlich ein Abstimmungstermin für die gefährliche No-Billag-Initiative feststeht (welche eine totale Abschaffung der Gebühren verlangt), ist für das SSM positiv. Die Gewerkschaften können jetzt ihren Kampf zur Erhaltung des Service public auf den 4. März hin planen. | ssm/slt

## Zeitschiene Die russischen Revolutionen

**1894** Mit Regierungsantritt von Zar Nikolaus II. enden die Bestrebungen, das Riesenreich Russland zu modernisieren. Die Industrialisierung setzt mit ungeheurer Härte ein; sozialer Schutz fehlt, politische Rechte gibt es nicht.

**1905** Der «Petersburger Blutsonntag», bei dem Soldaten in eine friedliche Demonstration schiessen, löst Aufstände im ganzen Land aus. Die Arbeiter erweisen sich als streikmächtige Kraft.

**1907** Vom Zaren abgegebene Zugeständnisse – etwa die Volksduma – werden wieder zurückgenommen.

**1914** Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs zerbricht der Sozialismus als internationale Bewegung. Sozialistische Parteien ordnen sich je mehrheitlich einem nationalen Kurs unter.

**1915** Mitten im Krieg treffen sich Sozialistinnen und Sozialisten mehrerer Länder zu einer Friedenskonferenz im bernischen Zimmerwald. Ziel: die Internationale wieder kitten.

**1916** An der Folgekonferenz in Kiental bleibt Lenin mit seinem Programm, den Krieg in eine proletarische Revolution zu verwandeln, erneut in der Minderheit.

**1917** Nach drei Jahren Krieg herrschen in Russland Hunger und Elend. Radikale Kräfte bekommen Auftrieb.



Die Februarrevolution (nach westlichem Kalender im März) beendet die Herrschaft der Zaren. Die Macht teilen sich ein Parlament sowie Arbeiter- und Soldatenräte. Kerenski, ab Juli Chef der Übergangsregierung, plant die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung im November.

Lenin und Trotzki kehren im April aus ihrem Schweizer Exil nach Russland zurück. Im Oktober (nach westlichem Kalender im November) übernehmen sie mit den Bolschewiki, einer Fraktion der Sozialistischen Partei Russlands, die Macht und setzen Kerenski ab.

Der Allrussische Sowjetkongress billigt im Nachhinein den Putsch. Per Dekret werden sofortige Friedensverhandlungen und die Enteignung der Grossgrundbesitzer verfügt.

Die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung ergibt keine Mehrheit für die Bolschewiki.

Einer faktisch wilden Demobilisierung folgt ein Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland; dennoch rücken die Truppen der Mittelmächte im Baltikum und in der Ukraine weiter vor.

**1918** Die verfassungsgebende Versammlung tagt – und wird sogleich aufgelöst.



Die Ausdehnung ihrer Macht über die Städte hinaus erlangen die Bolschewiki erst durch einen mehrjährigen Bürgerkrieg. Die Rote Armee steht der Weissen Armee gegenüber, einem Bündnis, das vom Adel bis zu rechten Sozialisten reicht. Gleichzeitig tobt ein Territorialkrieg um Polen, Finnland und die baltischen Staaten.

Im Frieden von Brest-Litowsk («Raubfrieden») verzichtet Russland auf 26 Prozent des vormaligen Territoriums und drei Viertel der Eisenindustrie und der Kohleminen.

Die Kommunistische Internationale (III. Internationale oder Komintern) wird gegründet.

**1920** Der russische Bürgerkrieg endet in Europa (in Ostasien dauert er noch bis 1922). Die Bolschewiki sichern ihre Herrschaft. Der Krieg wurde von beiden Seiten mit äusserster Brutalität auch gegenüber der Zivilbevölkerung geführt; 8 bis 10 Millionen Menschen haben ihr Leben verloren.



Der zweite Kongress der Komintern beschliesst «21 Bedingungen» für die Aufnahme der sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder.

Der sogenannte Kriegskommunismus ist eine Versorgungsdiktatur, teils den Altlasten des Zarenreiches und dem Krieg geschuldet, teils Folge überstürzter wirtschaftspolitischer Entscheide. Er besteht aus häufig gewaltsamer und willkürlicher Enteignung, Verstaatlichung und Zentralisierung der Wirtschaft und bringt grosse Teile der Bevölkerung gegen die Bolschewiki auf.

**1921** Der Aufstand der Matrosen von Kronstadt ist ein Versuch, die ursprünglich propagierte Arbeiter- und Soldatendemokratie einzufordern: «Alle Macht den Räten.» Er wird niedergeschlagen. Weitere Machtkonzentration bei den Bolschewiki durch das Verbot von «Fraktionen». Einer katastrophalen Hungersnot mit 5 Millionen Toten begegnet die «Neue Ökonomische Politik» («NEP»), die Marktelemente im Kleinen wieder zulässt.



**1924** Lenin stirbt. Den bereits zu seinen Lebzeiten entbrannten Kampf um die Nachfolge entscheidet Stalin für sich.

**1927** Ende der «liberalen» Phase, Übergang zu Zwangskollektivierung, forcierter Industrialisierung und Beginn von «Säuberungswellen».



**1932/1933** Eine Hungersnot bringt erneut Millionen Menschen den Tod, namentlich in der Ukraine.

**1936-1938** «Grosser Terror»: Die Säuberungen gipfeln in Schauprozessen.

**1939** Hitler-Stalin-Pakt

**1941-1945** Deutsch-Sowjetischer («Grosser Vaterländischer») Krieg

**1943** Auflösung der Komintern

Fotos/Illus: Staatl. Museum für polit. Geschichte Russlands; US-Armee; Isaak Brodski; Maria Uljanowa; N.N.

Die Vorgeschichte der Oktoberrevolution spielt in der Schweiz

# Moskau einfach

**Lenin in Bern und Zürich, die Konferenzen von Zimmerwald und Kiental – und die von Fritz Platten organisierte Reise im «plombierten» Eisenbahnwagen: Die Vorgeschichte der Oktoberrevolution hat sich zu grossen Teilen in der Schweiz abgespielt.** | Text: Christoph Schlatter (Foto: Keystone)

1914 war Lenin und seiner Ehefrau, Nadeschda Kruspkaja, die Reise aus Galizien in die Schweiz gelungen. Zuerst wohnte das Paar in Bern. Es las die halbe Landesbibliothek, wie eine Ausstellung diesen Sommer gezeigt hat. Lenin verschlang in mehreren Sprachen Historisches und Politisches, aber auch Werke über die «Fleischversorgung des Deutschen Reiches» und über «Höhenklima und Bergwanderungen in ihrer Wirkung auf den Menschen».

## Stinkende Würste

Die Bibliotheken seien in Zürich besser, befand man nach dem Umzug. Lenin arbeitete in der Zentralbibliothek und im Sozialarchiv. Das Haus an der Spiegelgasse 14 wurde in den 1970er Jahren ersetzt; die 1928 angebrachte Gedenktafel überlebte: «Hier wohnte v. 21. Febr. 1916 bis 2. April 1917 Lenin, der Führer der russischen Revolution.» Lenins waren Untermieter des Schuhmachers Titus Kammerer, kamen ihren finanziellen Verpflichtungen stets nach und konnten nur nachts lüften, weil ihr Zimmer zum Hof ging und dort tagsüber die Wurstfabrik allzu grässlich stank.

Lenin war auf beiden internationalen sozialistischen Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) dabei, bei welchen eine Handvoll Sozialistinnen und Sozialisten die 1914 zerbrochene Internationale neu beleben wollte. Robert Grimm, der Organisator, erinnert sich später: «Von Anfang an schieden sich die Bolschewisten von den übrigen Teilnehmern. Sie blieben zwar bei allen ihren Darlegungen in der Minderheit, mussten sich aber der Mehrheit fügen, um bei diesem ersten Appell an die internationale Arbeiterklasse die Einheit zu wahren.» Lenins Idee war es, den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg und in eine sozialistische Weltrevolution zu überführen. Davon stand im Manifest dann nichts, das Grimm «zusammen mit Trotzki in einem schattigen Garten Zimmerwalds redigierte». Ebensowenig in jenem von Kiental.

Für die Weltgeschichte wichtig wurde Lenins Bekanntschaft mit Fritz Platten. Platten hatte

*Schuhmacher Titus Kammerer vermietete Lenin und seiner Frau 1916 ein Zimmer an der Spiegelgasse 14 in Zürich (Haus zum «Jakobsbrunnen», linker Bildrand).*



sich bereits von 1905 bis 1907 in Russland an Aufständen gegen das Zarenregime beteiligt. Für immer verbunden bleibt sein Name indes mit jener berühmten Eisenbahnfahrt im April 1917, die Lenin im «plombierten Wagen» durch das Deutsche Reich nach Petrograd führte. Platten hatte mit dem deutschen Konsul in Bern die Bedingungen der Reise ausgehandelt. Lenins Fahrt – über Thayngen und Gottmadingen – war nicht die einzige «Fuhre» dieser Art: Deutschland hatte an der Destabilisierung des Kriegsgegners alles Interesse.

## «Endlose Diskussionen»

Im Sommer 1917 findet man auch Robert Grimm in Petrograd; offizieller Auftrag: die Heimkehr der russischen Emigranten aus dem Schweizer Exil vorzubereiten. Private Friedensverhandlungen mündeten in die Grimm-Hoffmann-Affäre. Mit Lenin hatte Grimm keine

Verbindung, wohl aber mit Kreisen der Menschewiki. Grimm berichtet später, man habe ihn in «endlose Diskussionsversammlungen» geschleppt, «in denen entschieden werden sollte, was jetzt endlich zu geschehen habe». Geschehen sei nichts – vorerst.

Just aus dieser «Ausweglosigkeit» der übrigen Gruppen haben sich in der Einschätzung Grimms die Bolschewisten ihre Macht geschaffen «als einzig organisierte Masse des erschütterten Landes». Die weitere Entwicklung ist bekannt. Ihre Tragik illustriert das Schicksal Fritz Plattens, der Lenin nach Russland verholten und ihm 1918 bei einem Attentatsversuch das Leben gerettet hat. Platten lebte ab 1923 in Sowjetrußland. Seine Frau wurde schon 1937 Opfer der «Säuberungen»; ihn verhafteten Stalins Schergen 1938; 1939 wurde er verurteilt und deportiert, 1942 in einem Arbeitslager bei Archangelsk erschossen.

Interview mit dem Historiker Adrian Zimmermann über die Auswirkungen der russischen Revolution auf die Arbeiterbewegung in der Schweiz

## «Der VPOD setzte auf Koexistenz»

Wie wurde die Russische Revolution in der Schweiz wahrgenommen? Welche Folgen hatte sie für Organisation und Befindlichkeit der hiesigen Arbeiterbewegung? Das VPOD-Magazin traf Adrian Zimmermann zu einer Art von historischem Kolloquium. | Interview: Christoph Schlatter (Fotos: Schweizerisches Sozialarchiv und Keystone [Generalstreik])



Adrian Zimmermann studierte Geschichte und Soziologie in Bern und Lausanne und promovierte mit «Klassenkampf und Klassenkompromiss – Arbeit, Kapital und Staat in den Niederlanden und der Schweiz 1914–1950». Er arbeitet derzeit als freischaffender Historiker vor allem zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

**VPOD-Magazin:** Adrian Zimmermann, kannst du etwas sagen darüber, wie die Oktoberrevolution in der Schweizer Arbeiterbewegung unmittelbar 1917 eingeschätzt und bewertet wurde?

**Adrian Zimmermann:** Russland war ohne Zweifel auf dem Radar der schweizerischen Genossinnen und Kollegen. Schon im September 1916, als der Bundesrat ein Demonstrationsverbot verfügte, war von «russischen Methoden» die Rede: Der Zarismus galt als Inbegriff eines rückständigen und repressiven Regimes, und sein Ende – also die Februarrevolution – löste bei der Arbeiterschaft weltweit Begeisterung aus. Und im Nationalrat einen sozialdemokratischen Antrag, das Parlament möge eine Sympathiekundgebung für die russische Republik erlassen. Der «Rote Oktober» wurde vorerst ganz im Kontext des bisherigen Verlaufs der russischen Revolution wahrgenommen und erst nachträglich als Jahrhundertereignis bewertet. Aber er belebte die Szene auch hier. Die Novemberunruhen 1917 in Zürich, die von

ausserhalb der Arbeiterbewegung stehenden radikalen Pazifisten ausgingen, sind ein direktes Echo.

**Wir befinden uns einem grauenvollen Krieg, der schon Jahre dauert...**

... und das Friedenssignal, das der Sowjet schon nach der Februarrevolution ausgesandt hatte, wurde ohne Zweifel registriert. Im Oktober bzw. November war es mit Sicherheit das vom allrussischen Sowjetkongress veröffentlichte Friedensdekret, das auch in der Schweiz am meisten Aufmerksamkeit und Zustimmung fand.

**Hat man denn erwarten können, dass die Revolution ausgerechnet in Russland starten würde, einem noch weitgehend agrarischen Land? Sollte es nicht an einem auch politisch fortschrittlicheren Ort losgehen?**

Schon Marx und Engels erwarteten eine baldige bäuerlich-bürgerliche Revolution in Russland – und dass diese mit einer proletarischen Revolution im Westen zusammenfallen könnte. Es war ja nicht so, dass ausser in Russland in allen Ländern etablierte bürgerliche Demokratien bestanden hätten. So etwas gilt mit Abstrichen für die Schweiz, die USA und Frankreich. Überall sonst herrschte ja auch punkto demokratischer Bürger- und Volksrechte grosser Nachholbedarf. Sicher ist, dass Lenin und Trotzki den Umsturz als Fanal für weitere Revolutionen in weiteren Ländern gesehen haben ...

**... die zwar stattfanden, aber alle irgendwo stecken geblieben sind.**

Richtig. Entscheidend ist nicht nur, was in Russland geschah. Sondern das, was in Deutschland und in Österreich *nicht* – oder nur halb – geschah. Übrigens sieht auch der Historiker Eric Hobsbawm den gemeinsamen Nenner der Ereignisse am Ende des Weltkriegs weniger im Sozialismus als in einem Schrei nach Frieden: «Die Revolution, die schliesslich alle Regimes von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte, war ein Aufstand gegen den Krieg.» Wir haben es hier mit der wohl grössten sozialen Bewe-

gung in der Geschichte zu tun: Streik (auch der Generalstreik in der Schweiz), Protest, Meuterei, Aufstand, so weit das Auge reicht. Die rückständigsten – und auch mit Kriegsschuld am stärksten belasteten – Monarchien, die preussische, die habsburgische und die zaristische, werden gestürzt; danach kommt die Bewegung bereits wieder ins Stocken. Demoralisierende Erfahrungen in Deutschland und Russland tragen dazu bei, dass der revolutionäre Elan einbricht und die Arbeiterbewegung wieder in die Defensive gerät.

**Und just zu diesem Zeitpunkt, im Sommer 1920, macht «Moskau» klar, dass es die sozialdemokratischen Parteien in den anderen Ländern lediglich als Gehilfen betrachtet.**

Du sprichst von den berühmten «21 Bedingungen», die als Aufnahmekriterien für den Eintritt in die Kommunistische Internationale formuliert wurden. Sie verlangten eine Umstrukturierung der sozialdemokratischen Parteien in straff zentralistische Kaderorganisationen nach dem russischen Vorbild und eine totale Unterordnung unter die Beschlüsse der Bolschewiki. Wo es nicht gelinge, die Partei so umzuformen, müsse man austreten und eine neue Partei gründen.

**In der Schweiz fiel diese Entscheidung am Parteitag der SP im Dezember 1920 – und zwar deutlich. Der Eintritt in die Komintern wurde abgelehnt, worauf die Kommunisten sich abspalteten.**

Die ultrazentralistische Organisationsform der Komintern war einer diskussionsfreundigen und demokratiegewohnten Partei wie den Schweizer Sozialdemokraten schlicht nicht zu vermitteln. Auch den Linken in der Partei nicht, den «Zimmerwaldern», die während dem Krieg noch versucht hatten, die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung wieder herzustellen. Sie sahen das Ziel, das sie verfolgten, mit der Anmassung aus Moskau verfehlt, geradezu zerstört.

*Schweizerisch-russische Freundschaft:  
Hinten Walther Bringolf und Jules Humbert-Droz,  
vorne in der Mitte Lunatscharski, sowjetischer  
Volkskommissar für das Bildungswesen, 1925.*

*Robert Grimm (1881–1958) hielt in  
Bern die SP zusammen und war gegen einen  
Beitritt zur Komintern.*

In der Tat zeigt die weitere Entwicklung, dass die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern zu einem blossen Instrument der sowjetischen Aussenpolitik wurden: eine Familie von Parteien, die mit Moskaus Stimme spricht und jeden Schwenk mitmacht. Wird Einheitsfrontpolitik verfügt, also das Zusammengehen aller Arbeiterparteien, wird das umgesetzt. Wird die Sozialfaschismusthese propagiert, ist die Sozialdemokratie am anderen Morgen der schlimmste Klassenfeind.

**Die Arbeiterparteien haben sich in fast allen Ländern gespalten. Die Gewerkschaften dagegen haben vielerorts ihre organisatorische Einheit bewahren können, auch in der Schweiz.**

Die Kommunisten blieben in den Gewerkschaften, aber sie hatten den Auftrag, diese auf die Linie ihrer Partei zu bringen. Sie führten einen hartnäckigen Kampf gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund, den sie als «gelbe» Gewerkschaft verleumdete – obschon gerade der IGB mehrfach zur Blockade von Waffenlieferungen an die konterrevolutionären Truppen im russischen Bürgerkrieg aufrief. Der Streit bricht relativ rasch aus, und es gibt relevante Kräfte, die anfänglich bei der KP dabei sind – allerdings die meisten nicht allzu lange. In Zürich etwa trat Alfred Traber, der VPOD-«Trämlergeneral», 1923 aus der KP wieder aus und 1925 in die SP wieder ein. Umgekehrt sprangen die Gewerkschaftsführungen häufig auch nicht zimperlich mit der kommunistischen Minderheit um: Es kam zu Verbandsausschlüssen und sogar – im Fall des Basler Gewerkschaftskartells 1927 und des Verbands der Bekleidungs- und Lederarbeiter 1930 – zur Auflösung und Neugründung von angeschlossenen Organisationen durch den SGB. Obwohl sie ihre Einheit im Wesentlichen bewahren konnten, haben die Gewerkschaften womöglich fast stärker unter dem Zwist gelitten. Auf der Ebene der Parteien war ja rasch klar, dass es die KP –



ausser in Basel und zeitweise in Zürich – in der Schweiz auf keinen grünen Zweig bringen werde.

**Ich plädiere dafür, hier auch den Sonderfall Schaffhausen zu erwähnen. Dort ist die SP praktisch geschlossen zur KP übergetreten, um sich 1930, als Walther Bringolf ausgeschlossen wurde, in der KP-Opposition wiederzufinden und sich 1935 mit der SP erneut zu vereinigen.**

Es dürfte kein Zufall sein, dass gerade die deutschlandnahen Kantone in der Zwischenkriegszeit, als die KPD stark war, eine besonders starke KP besaßen. In den Nachkriegsjahren, der Blütezeit des französischen Kommunismus, spielte die PdA dann in der Westschweiz eine viel grössere Rolle als in der Deutschschweiz.

**Vermutlich wird man auch die Rolle einzelner Persönlichkeiten in Betracht**

**ziehen müssen, die ihre Kollegen oder Genossen beeinflussten und mitzogen. Den «Trämlergeneral» Traber sowie Walther Bringolf haben wir genannt, die früher oder später zur SP zurückkehrten.**

Gewiss. Zum Beispiel auch Friedrich Schneider, der für seine Beteiligung am Generalstreik 6 Monate im Gefängnis gesessen hatte. Sein «Ausflug» zu den Kommunisten dauerte nur ein gutes Jahr; Ende 1921 war er wieder bei der SP. Andere, etwa Jules Humbert-Droz, der in den 1930er Jahren in der Sowjetunion nur knapp am Leben blieb, hat trotz der Massregelungen erst 1943 «abgeschworen». Auch Rosa Grimm hielt noch bis 1943 zur KP. Und Léon Nicole, die prominenteste Figur der Genfer Arbeiterbewegung, war zwar SP-Mitglied, bewunderte aber die Sowjetunion beinahe grenzenlos. Nachdem er 1939 den Hitler-Stalin-Pakt verteidigt hatte, wurde er aus der SP ausgeschlossen und 1944 erster Präsident der PdA. Robert Grimm hielt dagegen in Bern den Laden zusammen; er stand stabil dem linken Flügel der Menschewiki nahe, fand zwar durchaus Verteidigungswertes an der Sowjetunion, hat aber schon früh Kritik an dem geübt, was man heute Menschenrechtsverletzungen nennt.

**Gab es nicht so etwas wie eine Beisshemung? Waren nicht viele – allzu viele – bereit, auch grobes Unrecht des Sowjetstaates zu entschuldigen mit der besonderen Situation?**

Es gibt Beifall von überraschender Seite. Etwa von George Bernard Shaw und seiner Fabian Society, die den Terror Stalins verteidigen. In der Schweiz hat man die Schauprozesse durchaus wahrgenommen, und die Linke hat sie auch scharf kritisiert. Womöglich deutlicher als die bürgerliche Presse zur gleichen Zeit. Sicher hat der Hitler-Stalin-Pakt zunächst vielen die letzte Illusion geraubt. Doch der berechnete Respekt vor den gewaltigen Opfern der Sowjetunion im Kampf gegen Nazi-Deutschland führte nach 1941 wieder zu einer positiveren Sichtweise.

**Zurück in die 1920er Jahre: 1927 ergriff die KP das Referendum gegen das Bundesbesoldungsgesetz, das unter anderem ein Streikverbot enthielt, aber wegen anderweitiger Fortschritte vom VPOD und vom SEV doch begrüsst wurde. Gegen dieses Referendum wird im «Öffentlichen Dienst» heftig polemisiert; es greife in die gewerkschaftliche Selbstbestimmung ein.**

Der VPOD gehört zu jenen Gewerkschaften, die lange versucht haben, eine Koexistenz der beiden Strömungen hinzubekommen. Ähnliches gilt für den Holzarbeiterverband, während beispielsweise der SMUV schon Anfang der 1920er Jahre einzelne Ausschlüsse verfügte. Interessant ist, dass das kommunistische Referendum dann gar nicht zustande kam. Es ging letztlich auch eher um eine taktische als eine inhaltliche Differenz. Gegen das Streikverbot waren selbstverständlich alle – es war offenkundig eine Rache für den Generalstreik, bei dem die Eisenbahner eine wichtige Rolle gespielt hatten. Eine Retourkutsche von Jean-Marie Musy, dem wohl reaktionärsten Bundesrat, den die Schweiz je hatte...

**... zumindest bis Blocher...**

Das Streikverbot hinderte die Gewerkschaften nicht daran, den Streik als Option beizubehalten. Der SEV zum Beispiel hat einfach seinen Streikfonds umbenannt.

**Auch die Programmdiskussionen in Parteien und Gewerkschaften geben Aufschluss über eine Abkehr von gewissen Positionen.**

Du spielst an auf die SP, die 1935 die «Diktatur des Proletariats» gestrichen hat, eine Formel, die schon 1920, als sie ins Parteiprogramm kam, sehr interpretationsbedürftig war – und die angesichts des Faschismus nun völlig quer in der Landschaft lag. Etwas anders liegt der Fall 1927, als der SGB die Formulierung «Zusammenschluss aller auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften» entfernte. Dieses Signal ging einerseits in die Richtung jener Verbände, die noch nicht

beim SGB dabei waren und denen man den Eintritt erleichtern wollte. Und es ging in Richtung Bundesrat und sollte Schlimmeres verhüten – etwa ein gänzlich Verbot der Gewerkschaftsmitgliedschaft für Staatsangestellte.

**Kann man es so formulieren: Die Bedrohung durch den Faschismus führt in der Schweizer Arbeiterschaft dazu, dass man die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie höher gewichtet, und befördert so die Integration der Arbeiterbewegung in den Schweizerischen Bundesstaat?**

Ich bin etwas skeptisch gegenüber der Formulierung «bürgerliche Demokratie», weil ich glaube, dass sie den Beitrag des Proletariats zur Durchsetzung der Demokratie unterschätzt, der überall beachtlich war. Aber es ist sicher zutreffend, dass man spätestens nach der Machtübertragung an Hitler das Schweizer Modell als etwas Bewahrenswertes empfindet. Man muss aber gleichzeitig auch die Entwicklungen auf der rechten Seite anschauen: Auch das Bürgertum hat sich bewegt. Noch bis weit in die 1930er Jahre gibt es dort starke Elemente, die mit einer faschistischen Option sympathisieren und den Nationalsozialismus mit seiner gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Komponente sehr interessant finden. Es scheint mir klar, dass der Sozialstaat und das System von Gesamtarbeitsverträgen sich erst zu einem Zeitpunkt durchzusetzen beginnen, wo die Option Faschismus als gefährlich für den Fortbestand der schweizerischen Unabhängigkeit erkannt ist. Wir sollten bei dieser Überlegung auch die starken Unterschiede zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg deutlich machen: 1914–1918 war keineswegs klar, welche Seite die Arbeiterbewegung zu unterstützen habe; 1939–1945 hingegen bestand breiter Konsens, von wo in diesem Krieg die Bedrohung ausgeht. Das Bürgertum wollte seinerseits Entwicklungen vermeiden, wie sie gegen Ende des Ersten Weltkriegs, im Generalstreik gipfelnd, aufge-

Generalstreik 1918: Weil die Eisenbahner streiken, sichert die Armee den Transport. Die Retourkutsche kommt 1927: Bundesrat Musy schreibt ein Streikverbot ins Bundesbesoldungsgesetz.

Gewerkschaften im Kalten Krieg: Der VHTL warnt vor den zerstörerischen Kommunisten.

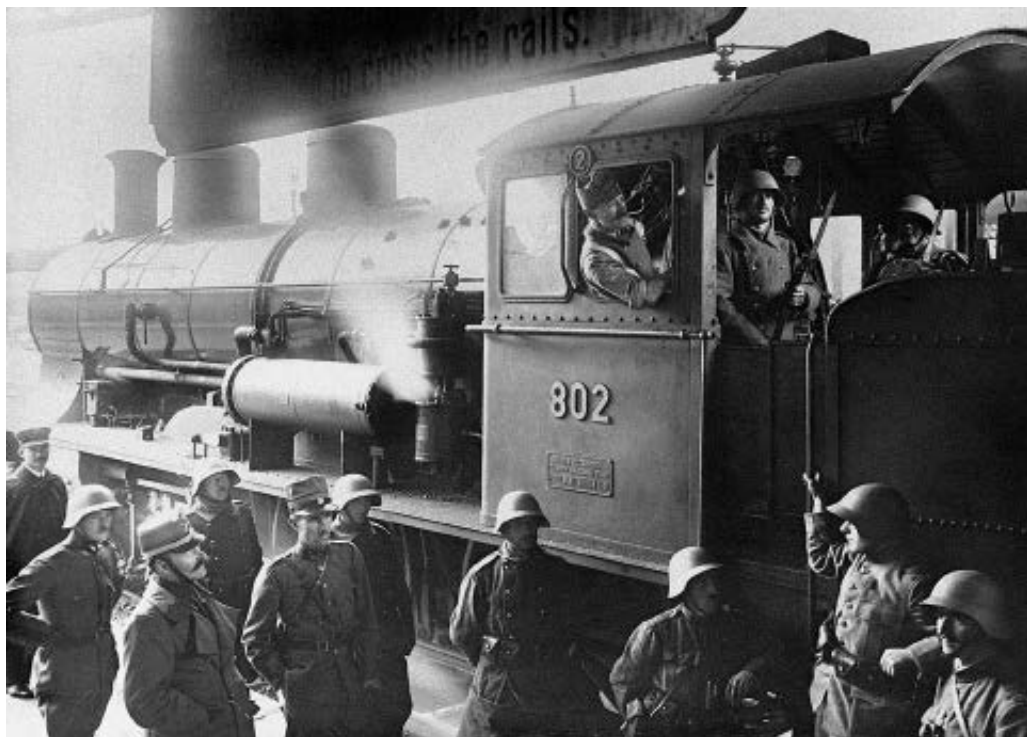
treten sind. Glücklicherweise setzte sich jene Linie durch, die das mittels Zugeständnissen erreichen wollte.

**Und nach 1945 wird dann die Ernte eingefahren, auch – Stichwort AHV – sozialpolitisch.**

Für kurze Zeit blitzte damals sogar die Hoffnung auf ein sozialistisches Europa auf. Zumindest aber bestand bis tief ins Bürgertum hinein die Überzeugung, dass eine solche Katastrophe wie die zwei Weltkriege nie mehr eintreten darf. Und dass es dafür eine grundlegende Änderung der Sozial- und Wirtschaftspolitik braucht. Dass alles dann schnell in das antikommunistische Klima des Kalten Kriegs umschlug, hing bestimmt auch damit zusammen, dass die kommunistische Einflussphäre relativ nahe an die Schweiz herangerückt war. Es spricht sich anders über Dinge, wenn sie in Prag oder Berlin stattfinden statt im fernen Moskau. Die PdA geriet in eine marginale Rolle, und innerhalb der Gewerkschaften und der SP setzte sich weitgehend die «westliche» Linie durch. Wer – wie der damalige geschäftsleitende VPOD-Sekretär Max Arnold – auf der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von beiden Blöcken beharrte, hatte es nicht einfach.

**Diese ganze Entwicklung der «zweiten Welt», von 1917 bis 1989, hat dem Proletariat in den westlichen Ländern einiges abverlangt. Es musste sich quasi fortlaufend dazu positionieren. Verurteilen, wie die SP nach 1945. Kritische Distanz wahren. Oder dann eben jubeln, was allerdings nach 1953, 1956, 1968 immer schwerer wurde.**

Der utopische Sozialismus spielte dabei eine Rolle, die Suche nach einem vermeintlichen Paradies. Es gab Leute, die dieses in der Sowjetunion zu finden glaubten. Die es dort suchten – und es prompt «fanden», weil man ihnen zeigte, was sie sehen sollten, und weil sie sahen, was sie sehen wollten. Auch heute noch gibt es diese Art von Wallfahrten zu dem gerade angesagten Projekt.



**Bis vor kurzem war's Venezuela.**

Bald wird's der Kurdenstaat in Syrien... Ich plädiere stark dafür, dass die hiesige Linke die verzweifelte Suche nach dem jeweils aktuellen Utopia aufgibt und sich ihrem Alltag stellt und den Lehren, die das sowjetische Experiment bereithält. Dieses bleibt uns, die wir uns der Arbeiterbewegung zugehörig fühlen, als ein Erbe, das wir mit uns herumschleppen, das wir diskutieren und bewerten müs-

sen. Natürlich steht angesichts des Zustands der Welt weiterhin auf der Tagesordnung, dass wir uns über grundsätzliche Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsordnung Gedanken machen. Als Anknüpfungspunkt dafür scheint mir die Oktoberrevolution allerdings nicht nur ungeeignet, sondern geradezu eine Falle zu sein. Und das hätte eigentlich nicht erst 1989, sondern bereits 1921 klar sein können – oder müssen...

Die Positionierung gegenüber der III. Internationale ist auch im nachmaligen VPOD umstritten

# Gefährdete Einheit

**Der VPOD im Jahr 1921: Der frisch aus Strassenbahnern und Staatsarbeitern fusionierte Verband ringt um Orientierung und Einheit. Der Verbandstag muss über die Haltung zur kommunistischen Gewerkschaftsinternationale entscheiden.** | Text: Christoph Schlatter (Foto: Kathryn & Shelby Cullom Davis Library)



1920 formulierte der 2. Weltkongress der Komintern seine «21 Leitsätze». Auch die Gewerkschaften waren herausgefordert.

den zu einer gemeinsamen Aktion zu formen. Auch habe man sich nicht ausreichend für Sowjetrußland und für die ungarische Räterepublik eingesetzt. Die Amsterdamer Internationale habe «bewiesen, dass sie nicht den revolutionären Klassenkampf» wolle, «sondern die Reformarbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft» und verdiene darum die Bezeichnung «gelb». Ein anderer Beitrag geht noch härter mit den «Gewerkschaftspaffen in ihren versteckten Bourgeoisiekiteln» ins Gericht: Es seien dies «alles Leute, die während des ganzen Weltkrieges die Arbeiterschaft verraten, für die Kriegskredite gestimmt und ihren kapitalistischen Regierungen geholfen haben, die Arbeiter zu morden».

Erst 1919 findet man in der Verbandspresse der VPOD-Vorläufer ausführlichere Debatten, die um die Einordnung der Entwicklung in Russland seit 1917 kreisen. Wem soll man Glauben schenken? Jenen Russlandheimkehrern, die anerkennend von der Umwälzung berichten, aber die «ungeheuren Schwierigkeiten des Aufbaues der neuen, der sozialistischen Wirtschaft in Russland» zu bedenken geben? Oder jenen, die «nur von Greueln, von Mord- und Totschlag, von Bestechlichkeit, Diebstahl, Raubanfällen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend» zu erzählen wüssten – «natürlich anonym und ohne Angaben über Ort und nähere Umstände»? 1919 wird in Moskau die III. Internationale gegründet, die sogenannte Komintern, die recht bald ein Bekenntnis verlangen wird.

## Gegen die «Gelben»?

1920 entsteht – wenn auch vorerst nicht unter diesem Namen – der heutige VPOD: Der Schweizerische Strassenbahnverband und der Schweizerische Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, beide 1905 gegründet, schliessen sich zusammen. Das Jahr 1920 ist aber – auf Ebene der Partei – auch ein Jahr der Spaltung: Als die Sozialdemokratische Par-

tei im Dezember auf ihrem Parteitag den Antrag zum Anschluss an die Komintern verwirft, verlässt die Anhängerschaft «Moskau» den Saal und gründet kurz darauf eine eigene, die Kommunistische Partei.

Eine ähnliche Auseinandersetzung findet 1921 innerhalb des VPOD statt. Der Verbandstag muss entscheiden, ob der Verband sich für einen Beitritt des SGB zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale stark machen soll oder ob man beim Internationalen Gewerkschaftsbund bleibt, der seine Zentrale in Amsterdam hat. Eine Mehrheit des Zentralvorstandes plädiert für «Amsterdam» und argumentiert dabei rein formal: «Das eigenmächtige Vorgehen einzelner Verbände» sei «auf das bestimmteste» abzulehnen.

Die andere Seite führt politische Gründe ins Feld: Man stehe «statutengemäss auf dem Boden des Klassenkampfes» und habe sich «die Vorbereitung und Durchführung der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel» zum Ziel gesetzt, weshalb vom SGB der «Bruch mit allen reformistischen Bestrebungen» zu verlangen sei. Das Amsterdamer Büro habe es beispielsweise nicht geschafft, die Bewegung der Bergarbeiter oder jene der Eisenbahner in den unterschiedlichen Län-

## «Ruhig und sachlich»

«Wider Erwarten ruhig und sachlich» gestaltete sich laut Bericht im Verbandsorgan die Diskussion am fraglichen Kongress am 14./15. Mai 1921. Möglich, dass das Wissen um die politischen Gegensätze zu einer gewissen Behutsamkeit in der Debatte führte. Trug der Ort Interlaken dazu bei, der «hingebettet zwischen zwei herrlichen Bergseen, am Fusse der majestätischen Jungfrau liegend» als Versammlungsort gewählt war? Lag es am Tagungslokal, den «prunkhaften Räumen» mit dem «prächtigen Kronleuchter»? Oder daran, dass das Festabzeichen «als Ausweis für die Fahrt auf den oberländischen Tal- und Bergbahnen zu ermässigten Preisen» galt?

Die Abstimmung fiel mit 57 zu 23 Stimmen deutlich aus – der Anschluss an die Moskauer Internationale wurde verworfen. Den Versuch, Gräben zu überbrücken, spiegelt der in der Folge angenommene Antrag, der die «Kritik an der Taktik und den gewerkschaftlichen Grundsätzen des Amsterdamer Gewerkschaftsbureaus» für berechtigt erklärt. Dieses Büro müsse auf Initiative des SGB hin so umgestaltet werden, dass es fähig werde, «die Vereinheitlichung des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Grundlage zu fördern und zu verwirklichen».



## «Hype»kritisches Denknetz

Mit dem Megatrend (oder «Hype»? «Digitalisierung») beschäftigt sich das neue Denknetz-Jahrbuch, in dem sich wichtige Stimmen um Einordnung und Analyse der jüngsten Entwicklungen und einen Blick in die Zukunft bemühen. So erläutert die Ökonomin Mascha Madörin, warum die Care-Krise trotz Roboterisierung politisch gelöst werden muss. Ausgelotet werden beispielsweise auch die Zusammenhänge zwischen Überwachung und Gender oder zwischen Elektrizität und Freizeit. Der Beitrag über multinationale Konzerne und die digitale Revolution steht unter dem Titel «Die können doch Altenpfleger werden». Ausserhalb des Schwerpunkts: Beiträge zu Grundrechten, Verteilung und Demokratie. | *vpod*

*Denknetz-Jahrbuch 2017: Technisierte Gesellschaft. Analyse und Kritik eines Hypes, Zürich (Edition 8). 23 Franken.*

## Bilder aus dem Burghölzli

1971 brannte es in der psychiatrischen Klinik Burghölzli in Zürich: 28 Männer kamen zu Tode. Dieser Katastrophe, aber auch dem Alltag in der «Anstalt» ist ein neues Buch aus dem Chronos-Verlag gewidmet. Das Herzstück bilden die Fotos des einstigen Psychiatriepflegers Willi Keller, der kurz vor dem Unglück das Leben im «Burghölzli» fotografisch dokumentiert und damit von vielen Patienten das letzte Foto geschossen hatte. Die Aufnahmen, die mit den originalen Kommentaren Kellers versehen sind, geben einen äusserst seltenen Blick frei:



hinter die Mauern und Gitter der damals noch grösstenteils geschlossenen Einrichtung. Als Folge der Katastrophe, aber natürlich auch im Zusammenhang mit dem zeitgenössischen Aufbruch setzt auch in der Zürcher Psychiatrie ein rascher Wandel ein, der sich namentlich in einer Verkürzung der Aufenthaltsdauer niederschlägt. Die Bilder im Buch erzählen noch von vorher: von der Perspektivlosigkeit eines immergleichen Anstaltsalltags. | *slt* (Foto aus dem besprochenen Buch)

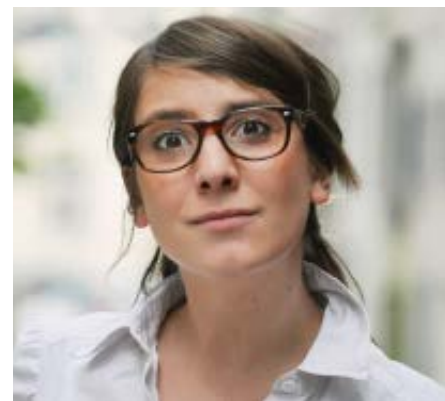
*Sabine Jenzer, Willi Keller, Thomas Meier: Eingeschlossen. Alltag und Aufbruch in der psychiatrischen Klinik Burghölzli zur Zeit der Brandkatastrophe von 1971, Zürich (Chronos) 2017.*

## Susi Stühlinger Spatz auf dem Dach

Mit blauem Blazer und hellblauer Bluse lächelt «Die Frau aus der Mitte» auf uns herab, die Ohrstecker passend zur Perlenkette, ein Motiv, das sich in der fast makellosen entblösten Zahnreihe wiederholt, wobei ich vermute, dass da ein Bildbearbeitungsprogramm vielleicht ein ganz klein wenig nachgeholfen hat. «Doris Kramer in den Regierungsrat» lächelt auf allen Kanälen, nur beim Feierabendbier ist sie nicht mehr anzutreffen. Schlecht fürs Image, erklärt Mario, langjähriger Wirt unserer Stammkneipe und neuerdings auch Liebhaber von Regierungsratskandidatin und nunmehr Ex-Feierabendbierkumpanin Doris. Aber für die Leber auch nicht eben besser, entgegenne ich, denn soweit ich da auf meinen bescheidenen Fundus an Lokalpolitikerfahrung zurückgreifen kann, ist so eine Regierungsratskandidatur immer auch ein Marathon aus Gesprächsrunden, gefolgt von Apéros oder zuweilen auch nur Apéros, aber da hat unsre Doris zum Glück ja ein wenig Übung.

So eine Gesprächsrunde hat neulich das Lokalfernsehen übertragen, Koni hat sie gesehen. Wie zu erwarten war, hat sie nicht gefallen. Also die Gesprächsrunde im Allgemeinen und Doris im Speziellen. Die Frau aus der Mitte ist für meinen Geschmack gar mittig, konsensfähig und lösungsorientiert, sagt Koni, sie tut alles, um sich bei ihrem Kontrahenten auf der rechten Seite beliebt zu machen, nichts Streitkultur, aber das kennt man ja von der Linken in ganz Europa, mosert er weiter, wenn die Rechtsaussen auf dem Vormarsch sind, meinen die Linken, es sei eine gute Idee, die eigene Position zu schwächen und sich gen rechts anzunähern, als ob die Leute, die ohnehin schon rechtsausen wählen, dieses Appeasement irgendwie bemerken oder goutieren und dann plötzlich links wählen würden, und dabei ist die Doris ja noch nicht mal eine Linke, schäumt Koni.

Ich versuche eine Lanze für Doris zu brechen, indem ich geltend mache, dass es doch immerhin besser wäre, die friedliebende, konsensträchtige und allgemein nicht wahn-sinnig gefährliche Doris in der Exekutive zu wissen als irgendeinen eiskalt kalkulierenden Hardliner, oder, wie es ein Exekutivpolitiker mal im Vertrauen erklärt hat: Gewählt werden nie die Besten, sonst wäre ich jetzt nicht in diesem Amt, eine Feststellung, die sich tatsächlich bis in die obersten Gremien dieses Landes verifizieren lässt. Koni kontert. Der angebliche Kompromiss der Doris ist immer der Kompromiss zugunsten derer, gegen die sie eigentlich antritt, die dann das Ergebnis wiederum als Kompromiss ihrerseits verkaufen. So Petra-Gössli-mässig nach der Rentenreform: «Die Vorlage war ein Kompromiss unter den Linken, jetzt braucht es den Kompromiss mit uns», dass ich nicht lache, sagt Koni. Das ist das Problem mit der gutschweizerischen Konsensdemokratie, sagt Koni, wo es immer heisst: Lieber den Spatz in der Hand und so weiter, und am Ende scheisst dir der Spatz im Davonfliegen auf den Schädel, und wenn sich der Blick überhaupt einmal aufs Dach richtet, dann nur, um den Vogel dort oben gleich komplett abzuschliessen, sagt Koni. Das hat was.



*Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.*



EU: Bald mehr Lohn für Entsandte?

### EU revidiert Entsenderichtlinie

Das EU-Parlament muss noch zustimmen; wenn es dies tut, wird die EU ein wenig sozialer durch die lang schon geforderte Korrektur der Entsenderichtlinie, auf die sich die Arbeits- und Sozialminister der EU-Länder im Oktober verständigt haben. Schon bisher

galt, dass Arbeitnehmende aus dem EU-Ausland in jenem Land, in das sie «entsandt» sind, wenigstens den gültigen Mindestlohn erhalten sollten (was natürlich vielfach umgangen wurde). Faktisch verdienen polnische Bauarbeiter in Deutschland halb so viel wie Einheimische. Künftig sollen – analog zu den flankierenden Massnahmen in der Schweiz – auch die jeweiligen Tarif-, also GAV-Löhne gelten, einschliesslich Zulagen. Bisher war dieses Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» am Widerstand aus Osteuropa gescheitert. Trotzdem ist eine Gleichstellung der Arbeitskräfte damit nicht erreicht, denn wesentliche Unterschiede bei den Sozialversicherungen bleiben bestehen. Die Abgaben dafür fallen in den Herkunftsländern an, was den Billiganbietern weiterhin einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Positiv ist, dass Entsendungen auf 1 Jahr, im Ausnahmefall auf 18 Monate befristet werden. Negativ fällt ins Gewicht, dass die Richtlinie,

wenn sie im Parlament durchkommt, nicht für alle Branchen gilt (ausgerechnet das Speditionsgewerbe ist ausgenommen). Und dass es weiterhin Umgehungsmöglichkeiten gibt, etwa das Engagement von Scheinselbständigen. | *slt (Foto: juefraphoto/iStock.de)*

### Iran soll Reza Shahabi freilassen!

Der VPOD hat in einem Schreiben an den iranischen Botschafter in der Schweiz auf das Schicksal des Gewerkschafters Reza Shahabi aufmerksam gemacht. Dieser ist Vorstandsmitglied bei der iranischen Busfahrergewerkschaft Vahed. Nach 5 Jahren im Gefängnis ist Shahabi freigekommen, wurde kurze Zeit später aber erneut festgenommen. Die 6-jährige Haftstrafe wurde ihm 2010 wegen «Angriffs auf die staatliche Sicherheit» auferlegt – und zwar nur, weil er das Streikrecht und die Existenz unabhängiger Gewerkschaften verteidigt hatte. Die vorzeitige Entlassung erfolgte aus gesundheitlichen Gründen, wird

## Wirtschaftslektion Ältere sind nicht zu teuer

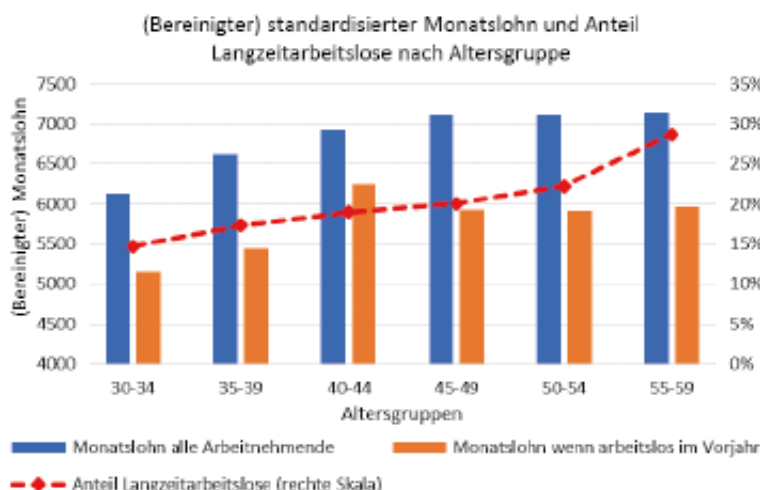
Zwar wurde die Reform «Altersvorsorge 2020» und damit die Erhöhung des Frauenrentenalters am 24. September abgelehnt, doch vom Tisch ist eine Anhebung des Pensionsalters nicht. Bei der Diskussion wird jedoch oft ausgeblendet, dass sich viele ältere Personen bereits heute schwertun auf dem Arbeitsmarkt.

Dies äussert sich insbesondere in ihren Schwierigkeiten, nach einem Jobverlust wieder eine Stelle zu finden. Das Ergebnis ist ein steigender Anteil Langzeitarbeitsloser unter den Arbeitssuchenden ab 50 Jahren (gestrichelte Linie in der Grafik). Gelegentlich wird argumentiert, die zu hohen Lohnforderungen älterer Arbeitssuchender seien der Grund für deren lange Arbeitslosigkeit. Dabei wird auf die mit dem Alter ansteigenden Durchschnittslöhne verwiesen.

Ein Teil dieses Anstiegs kann allerdings mit der zunehmenden Arbeitserfahrung oder dem Aufstieg in Leitungspositionen erklärt werden. Rechnet man diese Effekte sowie die Effekte anderer lohnrelevanter Arbeitnehmer- und Firmencharakteristiken heraus, erhält man den sogenannten bereinigten Monatslohn. Die blauen Säulen in der Grafik zeigen, dass die bereinigten und standardisierten (d. h. auf ein Vollzeitpensum umgerechneten) Monatslöhne für alle Arbeitnehmenden ab 45 Jahren in etwa konstant bleiben. Ältere Arbeitnehmende mit denselben Charakteristiken wie Jüngere sind also nicht per se teurer.

Die These der zu hohen Lohnforderungen älterer Arbeitssuchender wird weiter erschüttert, wenn man lediglich Beschäftigte berücksichtigt, die im Vorjahr arbeitslos waren (orange Säulen in der Grafik). Dann sinken die bereinigten Durchschnittslöhne über alle Altersgruppen hinweg, aber besonders stark bei den Arbeitnehmenden über 45 Jahren. Offenbar nehmen ältere Arbeitslose massive Lohneinbussen in Kauf, um einen Job zu bekommen.

Wissenschaftliche Studien – z. B. zu den Folgen von Massenentlassungen in der Schweizer Industrie – bestätigen diesen Befund. Es sind nicht zu hohe Lohnforderungen, sondern vermutlich eher weit verbreitete negative Stereotypen über ältere Arbeitssuchende, die zu den genannten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt führen. Tatsächlich hat die Wissenschaft massenhaft Evidenz gefunden, dass ältere Arbeitssuchende trotz identischer Charakteristiken seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden als Jüngere. Bevor also ältere Menschen durch ein höheres Regelrentenalter gezwungen werden, noch länger auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, sollte das Problem der Altersdiskriminierung angegangen werden. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*



Bem: 60-64 Jährige nicht berücksichtigt, da die Lohnangaben auf Grund der Pensionierungsentscheidung verzerrt sind.  
 Quellen: BFS: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2010-2015 (Nur Lohnangaben in Brutto-Monatslöhnen berücksichtigt); SECO: AMSTAT.

von den Behörden neuerdings aber als nicht rechtens bezeichnet. Reza Shahabi leidet an Niereninsuffizienz und schweren Problemen der Wirbelsäule – ohne Behandlung werden diese Krankheiten zur vollständigen Lähmung und zum Tod führen. Präsidentin und Generalsekretär des VPOD beklagen in ihrem Schreiben die Verletzung der Menschenrechte und der Arbeitsrechte und fordern den Botschafter auf, beim iranischen Präsidenten Hassan Rohani um die Freilassung des Inhaftierten zu ersuchen. | *vpod*

### Streik im Service public Frankreichs

Im Oktober ist es in über 140 französischen Städten zu grossen Streiks im öffentlichen Dienst gekommen, die von den 9 Gewerkschaften im Service public ausgerufen worden waren. 400 000 Personen stemmen sich gegen die Pläne der Regierung Macron, die Löhne der Staatsangestellten einzufrieren und Arbeitsplätze abzubauen. | *egöd*

### Mauritius: Hungerstreik gegen -löhne

Auf Mauritius sind die Bedingungen für das Reinigungspersonal in den staatlichen Schulen miserabel. Die meist weiblichen Dienstleisterinnen sind häufig nur befristet angestellt und verdienen lediglich 43 US-Dollar im Monat. Damit kann man in Mauritius nicht leben, denn die Lebenshaltungskosten sind hoch. Um gegen diese Hungerlöhne zu protestieren, sind der Präsident und die Generalsekretärin der *Confédération des Travailleurs du Secteur public et privé* sowie 5 Beschäftigte aus der Reinigung in einen Hungerstreik getreten. Kurz vor Drucklegung dieser Zeitschrift erreichte uns die Nachricht, dass der Streik offenbar zu verbindlichen Resultaten geführt hat und abgebrochen wurde. Mauritius ist eines der wenigen politisch stabilen Länder Afrikas und gehört zu den 22 Staaten ohne Armee. Seit der Unabhängigkeit 1968 ist der Lebensstandard stark angestiegen, die Abhängigkeit vom Zuckeranbau konnte redu-



Port Louis, Mauritius: Kampf gegen Hungerlohn.

ziert werden. Der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, beträgt nur noch 1 Prozent, und der flächendeckende Schulbesuch ist durchgesetzt. Allerdings hat der Zerfall des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt negative Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft. | *labourstart/vpod* (Foto: Peter Kuchar/Wikimedia)

## Wer war's? Sudoku

Auf den ersten Blick erkennt man's: dass sich unterm Titel «Sudoku» keins der beliebten Zahlendekorsportspiele verbirgt, von denen unser Generalsekretär noch vor dem Frühstück mehrere zu knacken pflegt. Sondern das übliche Personenrätsel. Etwas anderes kann der Redaktor nämlich gar nicht... Aber um Zahlen geht es dennoch. Und tatsächlich auch um Sudokus. Ein Sudoku ist ja nix anderes als ein lateinisches Quadrat. Und ein lateinisches Quadrat ist (weiss Wikipedia) ein quadratisches Schema mit einer bestimmten Anzahl Reihen und ebensovielen Spalten. Gleichzeitig stehen Symbole in gleicher Zahl zur Verfügung und werden nun so auf die Felder verteilt, dass jedes Symbol in jeder Zeile und in jeder Spalte jeweils genau einmal auftritt. Das Sudoku fügt als Erschwernis die Bedingung hinzu, dass die Vorschrift mit der Einzelvertretung auch für Teilquadrate gilt.

Wer hat's erfunden? Die Spur führt nach Basel, Berlin und St. Petersburg. Und ins 18. Jahrhundert. Aufgeklärte Herrscher förderten die Wissenschaft nach Kräften; in Berlin: Friedrich, in Russland: Katharina, beide Nummer II und von der Historie mit dem Attribut «der/die Grosse» belegt. An deren Akademien war auch der Gesuchte tätig. Bahnbrechendes hat er dort geleistet, worauf auch heutige Physikerinnen, Astronominnen, Ingenieurinnen und Mathematikerinnen noch gerne zurückgreifen. Möchte jemand beispielsweise wissen, wie wahrscheinlich es ist, ein Brötchen ohne Rosinen abzubekommen, wenn der Bäcker 100 Rosinen in einen Teig geknetet und daraus 100 Brötchen geformt hat?

Für solche Fälle – und auch fürs berühmte Sekretärinnen- oder Heiratsproblem (wie finde ich die beste Kandidatur, wenn alle nacheinander aufmarschieren und nach einer Absage nicht mehr zur Verfügung stehen?) – hilft eine Zahl, die nach unserem Wissenschaftler benannt ist. Das gemeine Volk kennt die 37-Prozent-Regel,

die damit verbunden ist und die auch bei der Rosinenbrötchenfrage hilft. Das gemeine Volk kennt wahrscheinlich auch den Namen der gesuchten Persönlichkeit. Zumal das ältere Volk. Denn während heutige Schweizer Banknoten ja mit seltsam geschlechtsneutralen Händen seltsam unstoffliche Dinge abzubilden versuchen, hat man früher auf realexistierthabende Persönlichkeiten gesetzt, und der heute Gesuchte war eine davon und lange Jahre sehr populär.

Der Lösungsname wird auf einer Postkarte bis zum 24. November eingeschickt. VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich, lautet die Zieladresse. Die Gewinnwahrscheinlichkeit sinkt mit der Anzahl der Teilnehmenden, aber sie beträgt 0 für diejenigen, die ihr Wissen für sich behalten. Die drei Büchergutscheine (zu 100, zu 50 und zu 20 Franken) liegen jedenfalls bereit. | *slt*

### Es war das Trio Eugster

So kann's gehen: Die Rätselredaktion glaubt, durch Unterdrückung aller Hinweise auf Helvetisches den Wettbewerb erschwert zu haben. Aber der Titel «Trio» ist allzu verräterisch. Und so war es ein Leichtes, die Brüder Guido (Kaufmann), Alex (Klavierbauer) und Vic (Vermessungstechniker) bzw. das Trio Eugster als Lösungswort zu eruieren. In den 1970er und 1980er Jahren waren ihre Nummern – «Oh läck du mir», «Ganz de Bappe», «De Buuch mues wäg», «Pantoffelheld» oder «En Kafi mit Schnaps» – praktisch allgegenwärtig. Um Verkehrsprobleme («Am Walesee») ging es in den Songs der Gesangsformation fast häufiger als um Amouröses (letzteres etwa im count-ryesken «Ankebälleli», das eine zufällige Wiederbegegnung mit der Jugendliebe schildert). Gewonnen haben diesmal: Ursula Steinegger (Lupsingen), Ursula Baur (Zürich) und Catherine Aubert Barry (ebenfalls Zürich). | *slt*

## Rodney Bickerstaffe †

Der frühere Präsident des Europäischen Gewerkschaftsverbands öffentlicher Dienste EGÖD Rodney Bickerstaffe ist Anfang Oktober mit 72 Jahren gestorben. Der Kollege leitete von 1990 bis 1996 den Umbau der europäischen Dachorganisation in ihre heutige Form, zusammen mit der damaligen Generalsekretärin Carola Fischbach-Pyttel. Bickerstaffe oder «Bick» war auch Generalsekretär der britischen Gewerkschaft Unison und viele Jahre lang Vizepräsident der PSI. Der heutige Unison-Generalsekretär Dave Prentis erinnert sich an eine starke Stimme für die Werktätigen, an einen grossartigen Redner – und an einen humorvollen Freund. | *egöd*

## «Angehörige pflegen»

Die VPOD-Broschüre «Angehörige pflegen», die im VPOD-Magazin vom Oktober angekündigt war, kann vorbestellt werden. Richtige Mail-Adresse dafür: [vpod@vpod-ssp.ch](mailto:vpod@vpod-ssp.ch).

## Freihandel in der Teufelsküche

Diese neue Generation von Freihandelsabkommen betrifft den Service public und tangiert fundamentale Sozialrechte. Neuerdings wird die Diskussion aufgemischt, weil mit Trump & Co. wieder der Protektionismus Aufschwung hat. Die SGB-Tagung «Freihandelsabkommen in der politischen Teufelsküche» fragt nach der richtigen Positionierung. – Freitag, 24. November 2017, *Weltpostverein, Bern, 9.15 bis 17 Uhr. 220 Franken (ganztags), 150 Franken (Vormittag ohne Essen)*. Anmeldung: <http://www.sgb.ch/aktuell/tagung-international>

## Digitalisierung als Herausforderung

Die SGB-Juristentagung befasst sich mit «Digitalisierung als Herausforderung für das Arbeitsrecht», setzt dahinter aber ein Fragezeichen: Sind für die neuen Phänomene der Arbeitsorganisation (Plattform-Ökonomie, Crowdfunding usw.) gesetzliche Anpassungen nötig oder reicht das Bestehende? – Freitag, 15. Dezember 2017, 10.15 bis 16.30 Uhr, *Unia-Zentrale, Bern, 180 Franken*. Anmeldung: [www.sgb.ch/juristentagung2017](http://www.sgb.ch/juristentagung2017)

## Vogelfreie für Sans-Papiers

Der Chor «Die Vogelfreien» singt sein neues Programm «Songs Across the Border» als Benefizveranstaltung zugunsten der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich Spaz. – Konzerte am Freitag, 17., und Samstag, 18. November, je um 19.30 Uhr, in der *Johanneskirche Zürich*.

## Delegiertenversammlung des Verbandes vom 30. September 2017

Die Delegiertenversammlung hat

- eine Analyse des SGB-Chefökonom Daniel Lampart zu Lohndumping und den flankierenden Massnahmen gehört und diskutiert.
- die konsolidierte Rechnung 2016 des Verbandes und seiner Regionen und Sektionen abgenommen.
- Referate von Christoph Schlatter über die aktuelle Attacke auf die Ergänzungsleistungen und von Katharina Prelicz-Huber über die «Steuervorlage 17» gehört und debattiert. Zur letzterer wurde eine Resolution («Bekämpfen wir dieses Paket, verteidigen wir den Service public!») einstimmig gutgeheissen.
- einen – schliesslich zurückgezogenen – Antrag der Region Genève im Zusammenhang mit der Kampagne für die «Altersvorsorge 2020» diskutiert. Der Antrag kritisierte die Unterstützung des Aufrufs [www.vernueftiger-kompromiss.ch](http://www.vernueftiger-kompromiss.ch) (Altersvorsorge 2020) durch die Präsidentin und den Generalsekretär, ein Aufruf, der auch von mehreren bürgerlichen Politikerinnen und Politikern unterstützt worden war. In der Debatte fand der Genfer Antrag über die Antragstellerin hinaus keine Unterstützung.

*Stefan Giger, Generalsekretär*

## VPOD-Landesvorstand vom 20. Oktober 2017

Der Landesvorstand hat

- sich ausgiebig über seine eigene Aufgabe und Arbeitsweise unterhalten und dabei einige organisatorische Verbesserungen hinsichtlich Planung und Kommunikation der Themen und der Sitzungen beschlossen.
- das Urteil des Bundesgerichts über das Zutrittsrecht der Gewerkschaften für die öffentliche Verwaltung und seine Auswirkungen auf die Arbeit des VPOD erörtert.
- Erfolge und Herausforderungen ausgewählter VPOD-Regionen (diesmal: Bern und Bern Städte Gemeinden Energie) besprochen.
- einen Teil der Traktanden für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 2. Dezember 2017 festgelegt; Weiteres folgt an der LV-Sitzung vom 17. November 2017.
- entschieden, die Juso-Initiative «99 Prozent» durch Abdruck des Unterschriftenbogens in der Verbandspresse zu unterstützen.
- einen Beitrag von maximal 7000 Franken für die SGB-Veranstaltung «100 Jahre Landesstreik» im November 2018 gesprochen.

*Stefan Giger, Generalsekretär*

## Rote Köpfe

Telefon: Man wolle ein Stelleninserat bestellen im VPOD-Magazin. Von wegen Pensionierung. Wer wird pensioniert? In Bern neigt sich die Ära von Reginaldsekretärin **Bettina Dauwalder** dem Ende zu. Die Kollegin ist noch bis Mitte 2018 auf dem Posten – eine hartnäckige Verhandlerin mit Gespür fürs Mögliche. Sie hinterlässt mit dem Berner Spital-GAV geordnete Landschaften. Sitzung der **AG Digitalisierung** beim SGB. Die Sitzungsleitung hat eine Präsentation vorbereitet, die zur Einführung mittels Beamer an die Wand gezaubert werden soll. Wiederholtes Drücken verschiedener Tasten an Computer und Projektor. Dieser bleibt dabei: «Kein Signal.» Das Referat wird auf Handzetteln verteilt. Verstärkung kriegt der SGB im Dossier Ökonomie: Im September hat **Reto Wyss** seine Arbeit als Zentralsekretär aufgenommen. Der Kollege hat ein Studium der Wirtschaftswissenschaften 2011 mit dem Master abgeschlossen und war seither bei mehreren finnischen IT-Unternehmen in Management- und Entwicklungsfunktionen tätig. Auf Finnisch? Wow!



Eine neue Geschäftsleiterin gibt's bei Savoir-Social, der Dach-OdA im Sozialbereich, wo auch der VPOD Mitglied ist. Auf Karin Fehr, welche die Stelle aufgebaut sowie – durch den FondsSocial – finanziell abgesichert hat, folgt **Rita Blättler**, derzeit stellvertretende Amtsleiterin im kantonalen Sozialamt Zug.

In eine andere Richtung reist der bekannte Zürcher Trampilot **Peider Filli**. Der Kollege verlässt laut einem Bericht im *Tages-Anzeiger* (16.10.) sein Cockpit und wird Schamane in Berlin. Schamane? Übt «verschiedene mentale Praktiken und Rituale (zum Teil unter Drogengebrauch) aus, um Kontakt zu den «Mächten des transzendenten Jenseits» aufzunehmen», weiss Wikipedia. Der VPOD lässt grüssen, falls der Kontakt zustandekommt.

Unter den Werberinnen und Werbern der letztjährigen Aktion «III Gründe für den VPOD-Beitritt» hat das Los zu Empfängern von Coop-Einkaufsgutscheinen gemacht: **Felix Aepli** (III Franken), **Brigitte Zimmermann** (555 Franken), **Benedicte Devenes** und **Max Robert** (je 222 Franken) sowie **Gabriella Gini**, **Elise Glauser**, **Nella Marin**, **Sarah Lohr** und **Felix Tobler** (je III Franken). | *slt (Fotos: slt, zVg)*

Die Kita-Betreuerinnen bezahlten ihren Einsatz fürs Kindeswohl mit Stellenverlust

# Sind so kleine Hände

Eine Kita-Leiterin ist pädagogisch nicht auf der Höhe und straft nach alter Väter Schule. Den Mitarbeiterinnen, die sich für die Kinder wehren, wird gekündigt. Der VPOD unterstützte den Einsatz für eine gute Betreuung und den persönlichen Kampf – mit Teilerfolg. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: Elena Gaak/iStock)

Die Mitarbeiterinnen einer Kindertagesstätte, die alle Mitglied des VPOD sind, erhoben heftige Vorwürfe gegen die Leiterin. Sie verfügte nicht über die persönliche und fachliche Eignung zur Ausübung einer solchen Funktion. Ihr Umgang mit den Kindern entspreche nicht den pädagogischen Ansätzen der heutigen Zeit. Die Kinderbetreuerinnen hatten eine lange Liste von Vorkommnissen zusammengestellt: So habe die Leiterin einem Kind aus «erzieherischen» Gründen die Hände auf den Tisch gebunden. Einem zweijährigen Knaben hatte sie auf dem Spaziergang verboten, sich am Kinderwagen festzuhalten oder der Betreuerin die Hand zu geben. Als er sich weigerte, allein zu gehen und zu weinen begann, drohte sie ihm mit Stehenlassen.

## Unverhältnismässige Strafen

Kleinkinder wurden angehalten, die Spielsachen perfekt aufzuräumen und einzuordnen. Wenn die Kinder etwas nicht so machten, wie sie sollten, etwa ein falsches Zahnbürsteli benutzten, wurden sie von der Leiterin angeschrien. Zwang und Strafen setzte sie völlig unverhältnismässig ein. Kinder wurden herabgesetzt und ungleich behandelt, die einen bevorzugt, die anderen beim geringsten Anlass überzogen bestraft. Ein Mädchen, das auf solche Beschimpfungen mit ängstlichem Rückzugsverhalten reagierte, wurde von seinen Eltern aus der Kita genommen. Das war nicht der einzige Fall.

Auch die Mitarbeiterinnen fühlten sich eingeschüchtert, wenn sie vor den Kindern und Eltern zurechtgewiesen oder durch gezielte Indiskretionen gegeneinander ausgespielt wurden. Teilweise arbeiteten sie 10 Stunden ohne Pause. Arbeitsverträge erhielten sie manchmal erst nach

*Kleine Hände, verwundbare Seelen: Die Kolleginnen kämpften für das Wohl der Kinder.*



mehrmaligem Nachfragen. Oft wurden veränderte Einsatzzeiten erst kurz vorher mitgeteilt. Der erforderliche Betreuungsschlüssel konnte nicht immer garantiert werden. So betreute eine ausgebildete Mitarbeiterin mit einer Praktikantin hier und da zehn Kinder. Nicht verwunderlich: Das schlechte Arbeitsklima spiegelte sich in einer hohen Personalfluktuation.

Gespräche über solche Unzulänglichkeiten blockte die Leiterin ab. Auch der Trägerverein hielt sich bedeckt. So entschlossen sich die Kinderbetreuerinnen mit Hilfe des VPOD, eine Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde zu richten, die einiges ins Rollen brachte. Die Kolleginnen fühlten sich aufgrund ihres Berufsethos verpflichtet,

etwas gegen die Missstände in der Kita zu unternehmen, weil sie das Kindeswohl in Gefahr sahen. Ihren Mut und ihr Engagement bezahlten sie postwendend mit der Kündigung. Der VPOD gab jenen Mitgliedern rechtlichen und moralischen Beistand, die diese Kündigung anfochten.

## Einspringerin lahmgelegt

In einem Fall ging es um Kollegin T., die regelmässig bei Ferienabwesenheiten und Krankheitsfällen einsprang. Während der ordentlichen Kündigungsfrist erhielt sie von der Leiterin keine Einsätze mehr, so dass sie von einem Tag auf den andern ohne Einkommen dastand. Gegen diese Missachtung des Schutzgedankens der Kündigungsfrist konnte der VPOD erfolgreich vorgehen.

Die entlassenen Mitarbeiterinnen waren bereit, sich auch öffentlich für ihr Anliegen einer professionellen und qualitativ guten Kinderbetreuung mit ausreichend Fachpersonal einzusetzen. An einer Kundgebung vor Ort forderten sie mit einer Petition einen Neuanfang in der Kita mit einer neuen Leitung. Auch der VPOD ist überzeugt: Familienergänzende Kinderbetreuung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Die Qualität der Kinderbetreuung hängt direkt von der Qualifikation und der Arbeitszufriedenheit des Personals ab. Gerade in ländlichen Regionen, wo Eltern weniger Alternativen zur Verfügung haben als in der Stadt, ist es wichtig, dass gute Rahmenbedingungen bestehen. Kinder sollen gerne in die Kita gehen und dort für ihr Leben wertvolle und positive Erfahrungen machen können.

**In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.**

Ein Gespräch mit den Solidar-Koordinatorinnen aus Moçambique, Burkina Faso und El Salvador

# Wer profitiert vom Bodenschatz?

Es braucht den Druck der Zivilgesellschaft, damit der Staat gegen ausbeuterische Rohstoffunternehmen vorgeht. Das VPOD-Magazin sprach mit Dieudonné Zaongo, Jorge Lampião und Yolanda Martinez über die Lage in Moçambique, Burkina Faso und El Salvador. | Interview: Katja Schurter (Fotos: Andreas Schwaiger)



Dieudonné Zaongo, Jorge Lampião und Yolanda Martinez (von links) sind sich einig: Der unregulierte Abbau von Rohstoffen – hier eine informelle Goldmine in Burkina Faso – muss aufhören.

**VPOD-Magazin: Der Rohstoffboom hat in Burkina Faso und in Moçambique zu schnellem Wachstum geführt. Kommt der Ertrag auch bei der armen Bevölkerung an?**

**Dieudonné Zaongo:** Gold ist das Hauptexportprodukt Burkina Fasos, und viele ausländische Firmen kommen ins Land, um es abzubauen. Unter der früheren Regierung waren Korruption und Betrug an der Tagesordnung. Ein Bergbaugesetz bestimmt seit 2015, dass die Unternehmen die Umwelt schützen und die lokalen Gemeinschaften fördern müssen. Wenige halten sich daran. Doch jetzt zwingen Demonstrationen und Strassensperren die Unternehmen an den Verhandlungstisch. So wird hier eine Schule, dort ein Spital gebaut.

**Jorge Lampião:** Moçambique verdankt sein schnelles Wachstum der Kohle, dem Gas und dem Gold. Der Boom im Bergbau zieht externe Investitionen und Migration an. Die Leute kommen aus so fernen Ländern wie Nigeria und buddeln auf eigene Faust. Auch junge Einheimische gehen in die Minen statt zur Schule. Das ist sehr gefährlich: Immer wieder sterben Menschen in zusammenbrechenden Schächten. Es werden auch häufig ganze Dörfer umgesiedelt – mit oder ohne Zustimmung.

**El Salvador hingegen hat im März dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, das jeglichen Bergbau verbietet. Wie kam es dazu?**

**Yolanda Martinez:** Im Jahr 2000 hat die Regierung Lizenzen für den Goldabbau an Unternehmen vergeben, z. B. an OceanaGold. Gold wird in El Salvador nur an der Oberfläche abgebaut, was mit massiver Umwelterstörung verbunden ist. Deshalb hat die lokale Bevölkerung gegen die Lizenzvergabe protestiert: Das Gelände wurde besetzt, Maschinen wurden zerstört, Strassen blockiert. So konnte OceanaGold die Mine nicht in Betrieb nehmen. Das Unternehmen klagte darum die Regierung von El Salvador wegen entgangener Profite an – verlor jedoch den Prozess. Jetzt ist die Regierung einen Schritt weiter gegangen und hat den Bergbau insgesamt verboten. Dass das Gesetz durchkam, ist den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu verdanken.

**Ist denn Umwelterstörung kein Problem in Burkina Faso und Moçambique?**

**Lampião:** Doch, natürlich. Beim informellen Bergbau werden überhaupt keine Bestimmungen eingehalten. Ein Problem ist auch die Entwaldung: Unternehmen kaufen riesige Grundstücke, fällen die Bäume und expor-

tieren das Holz nach China. Uns bleibt das kahle Land.

**Zaongo:** Neben den Kräften in industriellen Minen gibt es in Burkina Faso 2 bis 4 Millionen informelle Goldschürferinnen und -schürfer. Rund um die Gruben bilden sich riesige Camps mit bis zu 20 000 Leuten. Beim Abbau benutzen sie Zyanid, ohne dessen verheerende Wirkung auf die Umwelt zu kennen. Die Umwelt wird nicht geschützt, wenn der Staat nicht kontrolliert – und der tut das nur aufgrund von Druck aus der Zivilgesellschaft.

**Was muss geschehen, damit auch die Bevölkerung vom Wachstum profitiert?**

**Zaongo:** Die Unternehmen müssen lokale Leute engagieren und Infrastruktur wie Schulen oder Spitäler zur Verfügung stellen. Aber die Regierung schafft es nicht, den Goldabbau wirklich zu kontrollieren.

**Lampião:** Die Unternehmen haben eine soziale Verantwortung. Wenn sie sie nicht wahrnehmen, bleibt den Armen – in Moçambique leben 45 Prozent unter der Armutsgrenze – ausser dem Schaden nichts. Es braucht Kontrollmechanismen und eine effektive Bekämpfung der Korruption.

**Ist das Verbot in El Salvador denn positiv?**

**Martinez:** Auf jeden Fall. Denn auch in El Salvador würden nur die Unternehmen profitieren. Für die Bevölkerung blieben die Verschmutzung der Umwelt und die Zerstörung ihrer Gemeinschaften durch Umsiedlung.

**Wäre ein Verbot auch eine Option für Burkina Faso und Moçambique?**

**Lampião:** Nein, das ökonomische Potenzial von Kohle, Gas und Gold ist viel zu gross. Wir müssen uns für einen ökologischen Abbau der Rohstoffe einsetzen, von dem auch die Bevölkerung etwas hat.

**Zaongo:** Wenn die Regierung dafür sorgt, dass die Rohstoffe umweltschonend gewonnen und die Profite im Sozialbereich eingesetzt werden, kann sich der Abbau lohnen. Aber dafür brauchen wir ein unabhängiges Parlament und eine starke Zivilgesellschaft, die der Regierung auf die Finger schaut.

Paddy Portmann, Fachmann Pflege und Betreuung im Alterszentrum Emmersberg, Schaffhausen

# Fachmann Politik und Musik

**28 Jahre – und schon ein alter Kämpfer: Paddy Portmann arbeitet seit der Lehre in der Langzeitpflege. Daneben findet der VPOD-Kollege erstaunlicherweise noch Zeit für Musik und Politik.** | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Der junge Mann spricht fast wie gedruckt, jedenfalls sendereif. Und er stellt auch gleich klar, was er sich vom Gespräch erhofft: Nur ja nicht zu viel Persönliches möge in dem Text stehen, sondern ganz ganz viel Politisches. Über die Ökonomisierung der Langzeitpflege. Darüber, dass seit der Einführung der Fallpauschalen auch die öffentlichen Institutionen unter Druck sind. Dass die Löhne gering sind, vor allem im Vergleich mit den Nachbarkantonen und sowieso für jene, die keine oder keine gute Ausbildung haben. Der VPOD bringe all das zur Sprache, und das als «schnelle Eingreiftruppe» konzipierte gewerkschaftliche «Aktionskomitee Pflege Schaffhausen» ist jederzeit zu einer Strassenaktion bereit, wenn die offizielle Politik wieder einmal taube Ohren hat.

«Ganz z'usserscht usse und äne-n-am Rhy»: Paddy Portmann.



## Berührende Momente

Trotzdem jetzt zur Hauptperson: Patrick «Paddy» Portmann ist 28 Jahre alt, arbeitet als Fachmann Pflege und Betreuung im Alterszentrum Emmersberg und ist, einschliesslich FaGe-Lehre, bereits volle 12 Jahre im Job. Darin wird er mit körperlichen und geistigen Gebrechen aller Art konfrontiert. Und auch der Tod ist regelmässig im Haus zu Gast, weshalb sich der Kollege in palliativer Pflege weitergebildet hat. So jung noch, und hat schon so viele Menschen sterben sehen? Ungewöhnlich sei das schon, sagt Paddy Portmann, aber unausweichlich. Professionalität bedeute dabei nicht, dass man solche letzten Dinge kühl und gefühllos abwickle. Aber der Tod darf einen auch nicht jedesmal aus der Bahn werfen. Es gibt intime Momente mit Sterbenden und berührende Begegnungen mit Angehörigen. Zuweilen hilft auch eine Portion Galgenhumor, etwa wenn der Hochzeitsanzug, in dem der Tote in den Sarg gelegt werden soll, um mehrere Konfektionsgrössen zu weit ist.

Als «Eulenmensch» mag Paddy Portmann die Nacht. Sucht sich also mit Vorliebe Nachtdienste aus. Manchmal liegen die meisten

von den 160 Bewohnerinnen und Bewohnern, für die er die Verantwortung trägt, ruhig im Bett. Aber es gibt auch jene Nächte, in denen eine nach dem anderen hinfällt und sich verletzt. Bis zu sieben Stürze kamen vor in einer Schicht. Da zeigt sich, ob einer was kann und den Kopf oben behält. Aber es sind gar nicht solche Extremsituationen, die wirklich an die Substanz gehen. Viel gefährlicher für Moral und Klima ist das sogenannte «Minütelen», also die von Abrechnungssystemen erzwungene Zergliederung der Tätigkeit. Es fehlt die Zeit fürs Gespräch mit Frau Müller und den Spaziergang mit Herrn Meier.

Dabei sind gerade solche Elemente nicht nur ausschlaggebend für die Lebensqualität in einem Heim; sie bewirken auch, dass der Einsatz von Neuroleptika reduziert werden kann. Auch dem gemeinsamen Singen schreibt Paddy Portmann gesundheitsfördernde Wirkung zu. Täglich werden das «Munotglöcklein» und Dieter Wiesmanns «Bloos e chliini Stadt» gewünscht. «Luegit vo Berg und Tal» und «Geh aus, mein Herz, und suche Freud» sind ebenfalls beliebt. Schön ist, wenn Menschen, die mental bereits stark angegriffen sind, bei der Musik

nochmals zu alter Form auflaufen. So wie jener stark Demente, der ohne seine «Champs-Élysées» nicht zu Bett wollte. Und der jeden Abend das Joe-Dassin-Chanson vollständig und fehlerfrei mitsang.

## Nachdenklicher Rap

Seit Anfang Jahr ist Paddy Portmann Mitglied des Grossen Rates, des Schaffhauser Kantonsparlaments. Als Vertreter des linken SP-Flügels, versteht sich. Dass er mit 16 zunächst bei der CVP angedockt habe, bezeichnet er als «Jugendsünde», die mit seiner Herkunft erklärbar sei. Ausserdem habe er die CVP damals für eine soziale Partei gehalten... Als «gläubigen Menschen» sieht er sich immer noch, allerdings auch als institutionskritischen. Trotz seines fröhlichen Auftritts besitze er im Grunde ein nachdenkliches Naturell. Dieses spiegelt sich in der Musik von «Sympaddy»: Rap-Songs, vom Autor als «Liebesschnulzen» bezeichnet. Einstweilen freut sich der Kollege, wenn «Fehlsch mir» oder «Augeblick» im Lokalradio gespielt werden. Aber es ist vorstellbar, dass die musikalische oder die politische Laufbahn oder beide noch nicht ganz am Zenit sind.



HOTEL  
**i GRAPPOLI**  
LUGANO-SESSA



**Eine ruhige Oase im Grünen...**

**Unser Hotel ist ... Ihr Hotel!**

Unseren Mitgliedern gewähren wir  
**15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote**  
**25% Rabatt auf Preisliste**



Hotel i Grappoli  
6997 Sessa  
Tel. 091 608 11 87  
Fax 091 608 26 41  
www.grappoli.ch • info@grappoli.ch

fb.com/Grappoli.Sessa

## VERANSTALTUNGEN IM DEZEMBER

**Bis 30. Dezember 2017**  
(ausser am 25. und 26. Dezember)

**Rehrücken Baden-Baden  
Wildspezialität**

und

**Fondue**  
*Käse (moitié-moitié), Chinoise  
und Bourguignonne*



AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

### VPOD Bildungspolitik Nr. 204 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Filmbildung». Thematisiert werden der Umgang mit Filmen im Unterricht sowie die Möglichkeiten schulexterner Bildungsangebote.

#### VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

#### Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch  
www.vpod-bildungspolitik.ch  
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich



### Impressum

**Herausgeber:** VPOD

**Generalsekretär:** Stefan Giger

**Redaktion:** Christoph Schlatter |s/f

**Sekretariat:** Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
redaktion@vpod-ssp.ch  
www.vpod.ch

**Erscheint 10-mal pro Jahr**

**Satz, Druck und Spedition:**  
gdz AG, Zürich

**Auflage:** rund 20000 Exemplare

**Anzeigenregie:**  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich  
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich



Titelseite: Lenin-Denkmal in Pjatigorsk. (Foto: scull2/iStockphoto)